

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

Central-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einheit“

Das Blatt erscheint zum Sonntagabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgeld),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Stänklitz, verantw. Redakteur: Aug. Wiantz,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 7, Besenbinderhof 56.

Schluß der Redaktion: Dienstag Abends 8 Uhr.
Verlags-Anzeigen
für die dreispaltige Beilage oder deren Raum 80 A.

Verbandskollegen! Trefft Vorbereitungen zu der Flugschriftverbreitung und Hausagitation!

Inhalt: Auf die Schanzen. — Politische Umschau. — Maurerbewegung: Streiks, Ausperrungen, Wahrgelungen, Differenzen, Bekanntmachung des Vorhabens, Jahresberichte der Gewerkschaften, Berichte. — Aus der Schweiz. — Zentral-Krankenkasse. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterjugend, Submissionsen etc. — Aus anderen Berufen. — Polizei und Gerichte. — Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung. — Verschiedenes. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Streikabrechnungen. — Anzeigen.

Auf die Schanzen!

Schon wird der Kreis, den die Sonne in ihrem täglichen Laufe beschreift, größer und größer. Schon mehrern sich die Vorbereitungen des wieder ins Land kommenden Frühling. Der Winter beginnt, sein Bündel zu schnüren, und wenn er auch noch hin und wieder durch ein garstiges Schneetreiben an sein kalendermäßiges Recht erinnert, so nimmt ihn doch keiner mehr sonderlich ernst; es geht ihm wie einem aufs Altenteil gelegten Bauern, dessen Völkern auch kein Mensch mehr ernst nimmt, wenn man ihm auch die schuldige Reverenz nicht versagt. Wohl all denen, die durch ihren Beruf von der Gunst oder Ungunst des Wetters abhängig sind, begrüßt wohl keiner das Scheiden des Winters und den Einzug des Frühling mit solch erleichtertem Ausatmen wie wir Männer vom Bau. Zwar sind im allgemeinen die Zeiten vorüber, wo das Bauhandwerk von Michaels bis Ostern ruhte, wo ein arbeitender Maurer im Winter so selten war, wie heute ein humaner Unternehmer; aber auch jetzt noch bedeutet der Winter für den größten Teil des Baugewerbes Stillstand und für ungezählte Tausende unserer Kollegen Arbeitslosigkeit. Was das Wort „beheuten“, das kann nur der völlig erkrankte, der als Familienvater wochenlang, monatelang davon betroffen wurde; der, wenn auch von der Ausichtslosigkeit überzeugt, doch Tag für Tag auf die Suche nach Arbeit ging, um wenigstens einige Stunden das Elend zu Hause nicht sehen zu müssen — das Elend, das ihm zugleich Geist und Körper zerrüttete.

Darum bleibt es noch immer wahr, daß mit dem erwachenden Frühling neue Hoffnung, neue Lebensfreude über den Arbeiter des Baugewerbes kommt. So wie in der Natur frisches junges Leben hoffnungslos dem neuen Lichte entgegensteht, so ringen und regen sich auch in unserer Brust neue Gedanken, neue Ideale. Es ist der Verdrang, der das ganze Volk durchflutet, von dem ein Teil in jeder Menschenbrust wohnt. Dieser Verdrang mag Jahr für Jahr von der ewigen Misere des alltäglichen Lebens erstickt worden sein, unsere Hoffnungen mögen uns Jahr für Jahr betrogen haben; wir lernen weniger hoffen, aber wir verlieren das Hoffen nicht. Wir bescheiden uns. Erscheint es uns zu vernehmen, in näher Zeit den Sturz der heutigen Klassenherrschaft. — Die Ursache unserer Not, unserer Armut — zu erwarten, so erwarten wir aber um so gewisser eine Verminderung unserer Not, eine Erleichterung des auf uns lastenden Drucks. Wir hoffen sie nicht als eine Gabe, die uns in den Schoß fällt, wenn die Zeit erfüllt ist, sondern wir erwarten sie als das sichere Ergebnis unseres Kampfes — des Kampfes, den wir führen in Reich und Glied mit dem gesamten Proletariat, in unseren politischen Organisationen, und den wir führen, fest verbunden mit unseren Berufscollegen im Verband.

Das ist unsere Hoffnung, die immer aus neuer Belebt wird, wenn wir im Kreislauf des Jahres dort

angelangt sind, wo ein neues Arbeitsjahr, eine neue Winterperiode anfängt: im Frühjahr. Dann ist es an der Zeit, uns die Frage zu beantworten: und was sollen wir denn tun? Das, was wir alljährlich getan haben, was wir jahrein, jahraus, landauf, landab getan haben: organisieren, die Kräfte zusammenfassen, die Massen der Kollegen schulen zu ihrer Aufgabe: zum Kampf! Zum Kampf um ein menschenwürdig Leben, zum Kampf um Recht, um Brot!

In diesem Frühjahr müssen wir den Kampf ums Brot energischer denn je führen. Am 1. März d. J. ist im Deutschen Reich ein neuer Zolltarif in Kraft getreten, wodurch die Lebensmittel und viele andere tägliche Gebrauchsgegenstände ganz enorm verteuert werden. Infolge Grenzsperrn für Vieh und Fleisch und sonstiger Maßnahmen zur Hintanhaltung einer den Bedürfnissen entsprechenden Viehzucht sind die Fleischpreise schon längst so hoch gestiegen, daß der Arbeiter sie kaum erzwängen kann. Wahre Wunderpreise sind es, die die unbemittelte Bevölkerung in den letzten Jahren für minderwertiges Fleisch hat zahlen müssen. Dieser Zustand, in noch verschlimmertem Maße, soll durch den Zolltarif zur dauernden Einrichtung werden. Bald werden auch die Preise für Brot, Mehl, Hülsenfrüchte, Kartoffeln, Gemüse, ganz erheblich steigen. Damit noch nicht genug, ist die Reichsregierung drauf und dran, das Volk schon wieder mit neuen Steuern zu „beglücken“; besonders auf Bier und Tabak hat man es abgesehen. Mit dieser Mehrbelastung an Zöllen und Steuern sind die paar Pfennig Lohnerhöhung, die wir uns in den letzten Jahren erkämpfen konnten, gar nicht in Vergleich zu bringen. Wollen wir nicht wiederum eine exorbitante Verschlechterung unserer Lebenshaltung auf uns nehmen, so müssen wir erneut auf der ganzen Linie einen kräftigen Vorstoß wagen, um höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen zu erringen. Kampf und immer wieder Kampf! Unter dieser Parole muß der Verband nun zum fünfzehnten Mal das Baujahr beginnen.

Von Jahr zu Jahr wurde das Echo stärker, das der Verband erwiderte; von Jahr zu Jahr vergrößerte sich die Zahl derer, die dem Heerband der Arbeit folgten. Stück für Stück gewonnen wir an Terrain. So soll und so muß es bleiben, wenn nicht die ganze Arbeit der Vergangenheit gefährdet werden soll. Die Anforderungen, die an die Aktionskraft, an die Widerstandsfähigkeit der Organisation gestellt werden, erhöhen sich stetig; auf der Seite der Gegner ist ein fortwährendes Rufen, ein systematisches Arbeiten nach einem bestimmten Ziel. Der Zusammenschluß im Lager der Unternehmer vollzieht sich mit immer größerer Schnelligkeit. Und zu dieser Macht der Unternehmerorganisation tritt noch die Macht des Staates, die sich mit brutaler Konsequenz bei allen Konflikten gegen die Arbeiter kehrt.

Wohl gehen die Unternehmer immer mehr ab von dem bornierten Standpunkt, der jede Unterhandlung mit den Arbeiterorganisationen verweigert; aber ihre frühere Absicht, uns zur Ohnmacht zu verurteilen, ist trotzdem dieselbe geblieben, nur daß sie diese Absicht heute nicht mehr so auf Markt und Gassen ausbreiten wie ehemals. In Wirklichkeit verfolgen sie dies Ziel heute viel zäher und systematischer als früher; die nächsten Jahre werden es zeigen. Angesichts dieser Sachlage bleibt für die gewerkschaftlichen Organisationen gar nichts weiter übrig, als sich mit der Anspannung aller

Kräfte der Werbearbeit für die Organisation zu widmen. Die Zukunft der Gewerkschaften liegt in ihrem Wachstum. Der gegenwärtigen Periode geschäftlichen Aufschwungs wird nach den Gesetzen der kapitalistischen Wirtschaft ein Rückschlag folgen, wo Handel und Wandel stockt, wo eine starke Verminderung der Arbeitsgelegenheit eintreten wird. Diese Periode des Rückschlages wird das Unternehmertum zu seiner Entzeit machen wollen. Das können wir nur verhindern, wenn wir die gegenwärtige Prosperitätsperiode, die erfahrungsgemäß auch der Gewinnung neuer Mitglieder günstig ist, bis zur Grenze der Möglichkeit ausnützen.

Es ist keine Zeit zu verlieren; darum drauf und dran!

Schon beginnen sich in den bekannten Gebieten die Trupps der Kollegen in Bewegung zu setzen, die alljährlich in die Fremde ziehen müssen, um Verdienst zu finden. Es muß dafür Sorge getragen werden, daß sie in die Organisation eintreten, soweit es der Arbeit früherer Jahre noch nicht gelungen ist. Aber nicht sie allein sollen Gegenstand unserer Agitation sein: noch sind viele Tausende im Gewerbe tätig, die uns noch fern stehen, sie müssen gewonnen werden, keine Mühe darf uns zu groß sein, um das Werk des Zusammenschlusses der Maurer Deutschlands zu vollenden. Von Ort zu Ort, von Bau zu Bau, von einer Mauerwohnung zur anderen muß der Werberuf erklingen:

Einmünd in den Zentralverband der Maurer Deutschlands!

Ihr alle, die Ihr Hammer und Kelle rührt, die Ihr von Gefahren umgeben in Wind und Wetter Euch müht: schließt Euch an, helft den Ring schließen, damit er standhält allen Stürmen der rülenden Gegenwart! Zu dieser Arbeit diene uns das beginnende neue Leben im Baugewerbe. Zu diesem Kampfe treten wir auf die Schanzen bis zum letzten Mann; denn es gilt, für eine neue Kultur, für die Menschwerdung des entrechteten Proletariats, für die unveräußerlichen Rechte der schaffenden Arbeit.

Politische Umschau.

Ein Tag von ernster und hochtönender Bedeutung, man kann sagen ein Unglückstag, liegt hinter uns. Am 28. Februar waren die von 12 bis 14 Jahren unter der Reichsanzugschicht Capribis geschaffenen Handelsverträge abgelaufen, und am 1. März trat der neue Zolltarif mit den auf seiner Basis abgeschlossenen neuen Handelsverträgen in Kraft. Diese Capribi-Verträge waren der Erkenntnis entsprungen, daß es notwendig sei, mit dem freien Schutzzollsystem, das sich unter Bismarcks Herrschaft herausgebildet, uns in den wirtschaftlichen Krieg mit dem ganzen Auslande demütigt und unser nationales Wirtschaftsleben unheimlich geschädigt hatte, zu brechen, um eine gesunde Entwicklung unserer Industrie und unseres Handels zu ermöglichen. Mit Hilfe der sozialdemokratischen Stimmen wurden in den Jahren 1892 bis 1894 im Reichstage die diesem Zwecke entsprechenden Handelsverträge angenommen. Diesen Sieg über die schutzzöllnerische Fronde feierte Kaiser Wilhelm II. in einem Schreiben an Capribi als eine befreiende Tat. Was man sich davon versprochen, trat ein. Die deutsche Industrie und mit ihr der Handel und das ganze Verkehrsleben nahmen einen gewaltigen Aufschwung. Deutschland eroberte sich im Laufe des letzten Jahrzehnts eine hervorragende Stellung auf dem Weltmarkt. Der deutschen Arbeiterschaft war damit die Möglichkeit gegeben, im Kampfe mit dem Kapitalismus nicht unerhebliche Vorteile zu erringen, eine Erhöhung der Löhne wie überhaupt eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu erreichen. Als bald aber gewann die eiterschnitzöllnerische Richtung unter Führung des Agrarierturns wieder Oberwasser. Unter der Reichsanzugschicht Bismarcks erreichte sie das Ziel ihrer unausgesprochenen Propaganda, die Rückkehr zu der Bismarckschen Wirtschaftspolitik, und zugleich eine unerhörte Ausgestaltung des Schutzzollsystems.

Der in der denkwürdigen Nacht des 18. Dezember 1902 im Reichstage von der sozialdemokratischen Mehrheit einmütig beschlossene neue Zolltarif ist nichts anderes als eine Konzession an den agrarischen Großgrundbesitz. Unter dem Vorwande, der „notwendigen Landwirtschaft“ helfen zu wollen, hat man in diesem Tarif Lebensmittelpreiserhöhungen festgelegt. Unser Volk kann für seine Ernährung die Einfuhr von Getreide, Vieh, Fleisch u. a. aus dem Auslande nicht entbehren, denn unsere Landwirtschaft ist nicht im Stande, den Bedarf an diesen wichtigen Konsumgütern zu decken; die Vermehrung der Einfuhr ist erforderlich in demselben Maße, als die Bevölkerung wächst. Die Tendenz der inländischen landwirtschaftlichen Produktion ist indessen umsoviel zu erhöhen, als der Zoll auf das ausländische Produkt beträgt. Diese Preissteigerung fällt den Agrariern als besonderer Profit, ein echter und rechter Zucker- und Schokoladenprofit. Die Massen des arbeitenden Volkes müssen die notwendigen Lebensmittel, Brot und Fleisch, erheblich teurer bezahlen, was für sie eine erhebliche Verschlechterung ihrer Lebenshaltung bedeutet. Diese Zölle sind Abgaben, gelegt auf die schaffende Arbeit, auf die Not; sie werden sich als eine unheimlich fühlbare Quelle des Massenelends erweisen.

Mit der wucherischen Verteuerung der Lebensmittel allein ist der Segen“ der neuen Zollpolitik aber noch lange nicht erschöpft. Diese Politik wird uns in einen permanenten wirtschaftlichen Krieg mit den von dem neuen Tarif betroffenen Ausländern verwickeln; sie wird Lähmen und Geraden auf Industrie und Handel, auf unser ganzes wirtschaftliches Leben wirken. Den Fluch dieser Konsequenzen werden in erster Linie wieder die Arbeiter zu tragen haben; an ihnen zunächst wird sich der Kapitalismus schadlos zu halten versuchen. Daraus aber wird sich mit Notwendigkeit eine Verschärfung der Klasseninteressengegensätze und des Klassenkampfes ergeben.

In derselben Richtung werden die projektierten neuen Reichsteuern, die ja in der Hauptsache eine weitere indirekte Belastung der breiten Volksklassen darstellen, wirken. Man nehme dazu die stetig zunehmende Beunruhigung des ganzen Volkes durch Kriegseingebungen, die in der fröhlichen Weise von einer gewissenlosen Diplomatie herausgeschrien werden und die der nationalen Arbeit wahrlich nicht förderlich sein kann, — so hat man all die Faktoren beisammen, in denen für unser Volk sich ein Unheil begründet, dessen Umfang und Ende nicht abzuschätzen ist.

Diesem Unheil erfolgreich zu begegnen, dazu gibt es nur eine Macht: die politische und gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter. Sie muß wachsen und erstarken zu einer prinzipiell einheitlichen Kampforganisation, die alle die Millionen des Proletariats umfaßt und sie mit einem Geiste, mit einem Willen durchdringt, der darauf gerichtet ist, Zuständen und Einrichtungen ein Ende zu machen, die zum nationalen Verderben führen.

Der Reichstag verhandelte einen Antrag der konservativen Abgeordneten Nipper und Genossen, wonach Personen des Antifortifikations- und Mannschafthandes, die an den Kriegen 1870/71 und in den vorhergehenden Jahren teilgenommen haben, wenn sie auf einen Unterhalt von weniger als 800 angewiesen sind, und wenn ihre Erwerbsfähigkeit auf weniger als ein Drittel herabgesetzt ist, oder wenn sie das sechste Lebensjahr vollendet haben, eine Beihilfe von jährlich M. 120, die in monatlichen Raten im Voraus zu zahlen sind, bekommen sollen.

Die Forderung, den Kriegsteilnehmern Beihilfen zu gewähren, ist früher schon oft, vor allem auch von den Sozialdemokraten im Reichstag, erhoben worden. Auch jetzt forderten die sozialdemokratischen Abgeordneten Voss und Zubeil berechtigtermaßen weit mehr, als der Antrag Nipper bietet, nämlich, daß die Veteranen mindestens M. 1 pro Tag bekommen, sobald sie keine anderen Bezüge haben. Daß M. 120 pro Jahr eine nur halbwegs menschenwürdige Entlohnung nicht ermöglicht, ist klar. Voss kritisierte scharf die ungleiche Behandlung der Soldaten und Offiziere. Gleich nach dem Kriege von 1870/71 legte die Behandlung ein. Aus den fünf Milliarden Kriegsgeldern wurden damals fünf Millionen Mark für 14 Jugendführer bewilligt, also für jeden circa 1/3 Million, während 1/3 Million Reservisten mit M. 24 pro Kopf abgefunden wurden. Auch hier kann der Staat eben seine Klassenloyalität nicht ganz verleugnen. Es hat lange genug gedauert, bis Reichstag und Bundesrat, getrieben durch den Aufschrei der öffentlichen Meinung, sich veranlaßt sahen, für die Veteranen etwas zu tun.

Die Sozialdemokratie ist, unbeschadet ihrer prinzipiellen Stellung zum Militarismus, stets für die Opfer des Militarismus eingetreten. So auch jetzt wieder. Das ist natürlich gewissen „Staatsverhältnissen“ gar nicht angenehm.

Reichssekretär Freilich v. Stengel erklärt, die Regierung habe zu dem Antrag Nipper noch nicht Stellung genommen, doch lasse sie es „in keiner Weise an Wobis wollen für die Veteranen stehen“. Es fragt sich nur, was man unter „Wobis wollen“ zu verstehen hat. Erwiesen ist, daß Bundesrat und Veteranen und ihre Angehörigen im Grunde gesondert sind. Weil der Abgeordnete Voss auf diese Tatsache hingewiesen hat, wurde er von dem nationalliberalen Abgeordneten Grafen Diola bedrängt, „daß alle Vieh des Klassenkampfes gelungen zu haben“. Das ist das alte Vieh ordnungspolitischer Demagogie. Der Antrag ging an die Budgetkommission.

In mehreren Sitzungen des Reichstages bei Beratung des Entwurfs der Reichsjustizverwaltung hielten sozialdemokratische und freimüthige Redner ein scharfes Gericht über die Strafrechtsreform im politischen Prozeß. Von großer Wirkung war besonders eine Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten Reichmanns Meiner, der aus der Fülle seiner persönlichen Erfahrungen heraus den Nachweis führte, wie sehr das Klassenjustizwesen und der politische Tendenzprozeß in Deutschland uns zu greifen hat. Er sagte u. a.:

„Die Justiz beansprucht von uns, wir sollen von ihrer Gerechtigkeit überzeugt sein, wir sollen an sie glauben. Gut! Aber dann mag doch mal die Justiz damit anfangen, daß sie auch politischen Angeklagten glaubt, daß sie meinen, was sie sagen. Die Justiz sollte damit anfangen, in klare, deutliche, einfache und gebrauchte Worte etwas hineinzulegen, was nie

gemeint war und was noch dem ganzen Zusammenhang nicht gemeint sein konnte, was man nur durch das Glas politischer Meinung finden und mittels des dulus eventualis hineinbestimmen kann. Solange die politische Justiz nicht mit der Anerkennung der Gerechtigkeit der Gegner vorangeht, werden sie es nicht erreichen, daß die öffentliche Meinung an die Gerechtigkeit dieser politischen Justiz glaubt. In politischen Prozessen steht die Lieberzeugung auf der Anlagelampe — alles andere ist Nebenache, nur äußerer Schein — und die Lieberzeugung, und zwar in den meisten Fällen die gegnerische, sitzt zu Gericht. Darin liegt die Unmöglichkeit und Unmoralität jeder politischen Justiz. Es kann keine gerechte politische Justiz geben, nie und nimmer!“

Gerade die letzten Monate haben manchen drastischen Beweis für die Wahrheit dieses Urteils gebracht.

Von allen proletarischen Schichten befindet sich die der Heimarbeit in der schlimmsten wirtschaftlichen und sozialen Lage. Sie ist einem Maße der Ausbeutung und dem Elend unterworfen, wie es sonst nirgendwo anzutreffen ist. Das ist längst bekannt, auch den Regierenden, und kürzlich haben die Heimarbeiter-Ausstellung in Berlin recht drastisch zur Anschauung gebracht worden. Dester schon hat die sozialdemokratische Fraktion im Reichstage auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Heimarbeit einem besonderen gesetzlichen Schutz zu unterstellen. Bis jetzt aber haben die maßgebenden Faktoren in dieser Richtung nichts getan. Nimmer hat die sozialdemokratische Fraktion im Reichstage einen „Gesetzentwurf zum Schutze der Heimarbeiter“ eingebracht. Von Wichtigkeit ist zunächst die Begriffsbestimmung. Sie wird dahin gegeben:

- Im Sinne dieses Gesetzes sind:
 - a) Heimarbeiter diejenigen Personen, welche allein oder mit Familienangehörigen, in der eigenen Wohnung oder in fremder Arbeitsstätte (Wohnung) im Auftrag und für Rechnung von Unternehmern oder Hausgewerbetreibenden gewerblich tätig sind, und zwar auch dann, wenn sie die Wohn- und Stillschloß selbst besaßen;
 - b) Hausarbeiter diejenigen Personen, welche im Auftrag und für Rechnung von Hausgewerbetreibenden in deren Wohnung oder Arbeitsstätte gewerblich tätig sind, und zwar auch dann, wenn sie die Wohn- und Stillschloß selbst besaßen;
 - c) Hausgewerbetreibende diejenigen Personen, welche im Auftrag und für Rechnung von Unternehmern oder vorübergehend für eigene Rechnung in eigener oder fremder Wohnung oder Arbeitsstätte Hausarbeiter oder Heimarbeiter beschäftigen.“

Ueber die Beschaffenheit der Räume heißt es: „Räume, in denen Haus- oder Heimarbeiter mit der Fertigung, Verarbeitung, Verpackung, Ausbesserung, Reinigung oder Zurechtlegung gewerblicher Erzeugnisse beschäftigt sind, sind so einzurichten und zu unterhalten, daß diese Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit geschützt sind. Insbesondere müssen die Räume hell, trocken, heizbar und leicht zu lüften sein und mindestens 12 Kubikmeter Raum für jede darin beschäftigte Person enthalten. Zum Schlafen oder zum Kochen dürfen sie nicht benutzt werden.“

Wer an Hausgewerbetreibende oder Heimarbeiter Arbeitsstätten vermittelt, hat dieses der nach den Landesgesetzen zuständigen Ortsbehörde innerhalb dreier Tage zu melden. Diese hat zu beschreiben, ob die Räume den gesetzlichen Bestimmungen entsprechen. Die nach den Landesgesetzen zuständige Ortsbehörde hat ein Gesamtverzeichnis der Heimarbeiter und Hausgewerbetreibenden ihres Bezirks anzulegen und eine Abschrift desselben der Gewerbeinspektion, sowie auf Verlangen den Berufsorganismen der Unternehmer und Arbeiter einzuhändigen. Unternehmer und Hausgewerbetreibende, welche Hausarbeiter oder Heimarbeiter beschäftigen, haben für jeden von ihnen beschäftigten Haus- oder Heimarbeiter ein Wohnbuch anzulegen.

Auf dieses Wohnbuch finden die Bestimmungen des § 14a der Gewerbeordnung entsprechende Anwendung.

Das Wohnbuch bleibt in den Händen des Haus- oder Heimarbeiters.

Der Entwurf enthält weiter folgendes Verbot der Herstellung bestimmter Heimarbeit:

Die Herstellung oder Verarbeitung von Nahrungs- und Genussmitteln durch Hausgewerbetreibende oder durch Heimarbeiter ist untersagt. Ferner kann durch Beschluß des Bundesrates die Herstellung oder Verarbeitung von Waren durch Hausgewerbetreibende oder durch Heimarbeiter verboten werden, wenn durch diese Herstellung das Leben oder die Gesundheit der bei derselben beschäftigten Personen gefährdet wird, oder wenn durch die hergestellten oder bearbeiteten Waren eine Gefährdung des Lebens oder der Gesundheit der Konsumenten eintreten kann.“

Die Arbeitszeit erfährt folgende Regelung: „In der Heimarbeit und im Hausgewerbe darf die Arbeitszeit nicht vor 6 Uhr Morgens beginnen und nicht über 8 Uhr Abends, am Sonnabend sowie an Vorabenden der Festtage nicht über 5 1/2 Uhr Nachmittags dauern. An Sonn- und Festtagen ist jede Arbeit untersagt, ausgenommen diejenige, welche in Notfällen oder im öffentlichen Interesse unüberwältiglich vorgenommen werden muß.“ Weitere Bestimmungen betreffen das Verbot des Mißgebens von Arbeit und der Regierbarkeit, das Recht der Einzelstaaten und der Gemeinden. Solche Arbeiten sollen nur an solche Unternehmer vergeben werden dürfen, die diese im eigenen gewerblichen Betriebe unter Ausschluß jeglicher Zwischenglieder ausführen und sich verpflichten, bei der Ausführung derselben die Tarifverträge oder die von den Berufsorganismen der Arbeiter festgelegten Löhne- und Arbeitsbedingungen zu erfüllen. Ueber die Versicherungspflicht heißt es: „Hausgewerbetreibende und Heimarbeiter sowie deren mitarbeitende Familienangehörige sind versicherungspflichtig. Sie unterliegen den für Versicherungs-pflichtige im Krankenversicherungsgesetz, im Invalidenversicherungsgesetz und in den Unfallversicherungsgesetzen gegebenen Vorschriften.“

Der Entwurf enthält auch Vorschriften, die verhindern sollen, daß im Hausgewerbe oder in der Heimarbeit Personen, die mit anstehenden Krankheiten befallen sind, beschäftigt werden.

Die Aufsicht über die Ausführung der gesetzlichen Bestimmungen soll der Gewerbeinspektion und deren Hilfsorganen unter entsprechender Anwendung des § 189 b

der Gewerbeordnung sowie den durch die Mitglieder der gewerblichen Berufsorganisationen der Unternehmer und Arbeiter in direkter, gleicher und gleicher Wahl zu diesem Zweck gewählten Vertretern unterstehen.

Für die Entscheidung von gewerblichen Streitigkeiten zwischen Heimarbeitern, Hausarbeitern und Hausgewerbetreibenden einerseits und ihren Arbeitgebern andererseits, sowie zwischen Heimarbeitern, Hausarbeitern und Hausgewerbetreibenden des einen Arbeitgebers sollen die Gewerbegerichte des Gewerbegerichtsbezuges zuständig sein.

Schließlich steht der Entwurf die Festsetzung von Minimallöhnen vor.

Auf Antrag von Arbeitern der Heimarbeit, der Hausarbeit oder des Hausgewerbetriebs oder ihrer Organisation hat das Gewerbegericht als Einigungsamt für den Bezirk seiner Zuständigkeit die Löhne in der Branche, welche es angestrichen hat, für eine bestimmte Dauer festzusetzen.

An Orten, an denen ein Gewerbegericht nicht besteht, müssen Kommissionen gebildet werden, welche auf entsprechenden Antrag diese Festsetzung bewirken. Die nächsten Bestimmungen erläßt der Bundesrat mit der Maßgabe, daß die Kommissionen zur Hälfte aus Unternehmern und zur Hälfte aus Arbeitern, unter Vorbehalt eines Vertreters der Gewerbeinspektion, bestehen müssen.

Die Löhne dürfen nicht niedriger festgelegt werden, als die in Fabriken und Werkstätten für entsprechende Arbeit gezahlt werden. Sie sind von den Eingangsämtern beim Gewerbeamt zu veröffentlichen und sind nach ihrer Veröffentlichung für Unternehmer und Arbeiter der betreffenden Branche während der Dauer, für welche sie festgelegt sind, rechtsverbindlich.

Die sozialdemokratische Fraktion wird sich bemühen, ihren Entwurf baldmöglichst zur Beratung im Plenum des Reichstages zu bringen.

Obgleich sich die Notwendigkeit der rechtsgerichtlichen Regelung des Bauarbeiter-schutzes immer mehr erweist, scheitern die Reichsregierung und die Regierungen der Einzelstaaten doch nicht geneigt, dieser Frage näher zu treten. Die Reichsregierung hat dies erklärt, daß es sich dabei um eine „Angelegenheit der Einzelstaaten“ handle. Jetzt aber hat ein Einzelstaat, um seine „Zurechtstellung“ zu motivieren, den entgegengegesetzten Standpunkt eingenommen mit der Behauptung, man habe es mit einer Reichsangelegenheit zu tun. Bei Beratung der ersten Kommission des Bundesauschusses von Staatsrathsrathern überwiegen die Position des Staats der Verwaltung des Innern wurde auf Anfrage eines Mitgliedes, welche Maßregeln die Bundesverwaltung zur Verhütung eines besseren Schutzes der Bauarbeiter zu ergreifen beabsichtige und ob nicht eine landesgerichtliche Regelung des Bauarbeiter-schutzes getroffen werden könne, von der Regierung erwidert, daß zunächst der Erfolg der vom Reich in Aussicht gestellten Schritte abgewartet werden müsse.

Demgegenüber ist zu bemerken, daß die Reichsregierung Schritte zu einer reichsgerichtlichen Regelung nicht in Aussicht genommen hat. Wenigstens läßt ihr Verhalten gegenüber dem von der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages eingebrachten, diese Regelung bezweckenden Gesetzentwurf nicht die Annahme zu, daß sie bereit sei, der Forderung zu entsprechen. Sie wird sich allerdings noch damit zu befassen haben. Die Petitionskommission des Reichstages hat nämlich beschlossen, die Petition der Zentralcommission für Bauarbeiter in Hamburg sowie die des Zentralverbandes deutscher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter, die beide eine einheitliche Regelung des Bauarbeiter-schutzes und Ueberwachung der Baubetriebe fordern, dem Reichstagskanzler zur Erwägung zu überweisen, dagegen aber die den entgegengegesetzten Standpunkt einnehmende Petition des Deutschen Arbeiterbundes für das Baugewerbe (sie spricht sich entschieden gegen jede Beteiligung von Arbeitern an der Baukontrolle aus) zur Tagesordnung überzugehen.

Das organisierte Arbeitervertum hat schon oft bewiesen, daß es jeder wirtschaftlichen und sozialpolitischen Maßnahme, die der Staat zu Gunsten der Arbeiter ergreift oder ergreifen könnte, grundmäßig feind ist. Als vor einigen Jahren die preussische Regierung vor der Frage stand, die Löhne der Arbeiter in den Staatsbetrieben zu erhöhen, trat der Zentralverband deutscher Bauhandwerker an die Regierung heran mit der eindringlichen Mahnung, die Erhöhung doch ja nicht eintreten zu lassen, da die Privatindustrie ihr auf diesem Wege nicht folgen könne, zumal da deren Arbeiter sowieso schon „sehr begünstigt“ seien. Jetzt nun hat der Zentralverband sehr unehrlich damit, daß von einem Teile der preussischen Eisenbahndirektionen die Arbeitszeit in den Werkstätten von zehn auf neun Stunden herabgesetzt worden ist. Er verurteilt einen Protest gegen diese Maßnahme, der auch mit ironischen Angriffen gegen Herrn v. Dubbe nicht talt. Es heißt da:

„Gewiß sollen die Staatsbetriebe Musterbetriebe sein, und für Herrn v. Dubbe mag das ihm bei der vorjährigen Eislagerung von einem Arbeiter erleitete Lob, er sei der sozialistische Minister, der bis jetzt an der Spitze des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten gestanden habe, recht schön klingen. Aber gerade Minister v. Dubbe hat von jeder den durchwegs richtigen Grundgedanken vertreten, daß die Arbeitsverhältnisse in der preussischen Staatsbahnverwaltung, die mehrere Hunderttausende von Arbeitern beschäftigt, im Zusammenhang mit den allgemeinen Arbeitsverhältnissen stehen und stehen müssen. Er hat wiederholt den Grundgedanken aufgestellt, daß sich die Löhne der Staatsbahnarbeiter weitest nach den allgemeinen Löhnen zu richten haben. Er sagte am 10. März v. J. im Abgeordnetenhaus: „Unsere Löhne sind abgemessen auf die ortsüblichen Löhne, die in gleichartigen Industrien gezahlt werden.“ Mit demselben Recht mag behauptet werden, daß auch die Arbeitszeiten in harmonischem Einklang zu stehen haben, daß hier nicht eine einseitige Herunterdrückung vorgenommen werden darf.“

Die Herren Unionisten fürchten jedes gute Beispiel, das der Staat auf sozialpolitischem Gebiete zu geben vermag. Sie mit ihrem Ausbeutungsinteresse wollen maßgebend sein für die Arbeitsverhältnisse auch in den öffentlichen Betrieben. Die klassenstaatliche Regierung soll nichts anderes sein, als ihre Dienerei; sie soll mit ihnen „harmonisch“ die

Der Unternehmer Juckel in Benrath bei Düsseldorf mußte gesperrt werden, da er den Tarif nicht innehielt. Er weigerte sich, Verbandsgeisellen zu beschäftigen, und entließ seine Baubelegten. An der Arbeitsniederlegung beteiligte sich nur ein Indifferenter mit, der in dem hohen Wahn lebt, Posten

latten gesprochen werden. Am 28. Februar wurde unser Mitglied Schmidt entlassen, weil er angeblich nicht genug geleistet haben sollte. Als dieser nur sein Geld verlangte, fielen Unternehmer und Voller über ihn her und mißhandelten ihn derart, daß er ärztliche Behandlung in Anspruch nehmen mußte. Den anderen Kollegen, die zu dieser Höhezeit nicht flüchten konnten, wurde vom Voller zugewiesen: Wenn das nicht passe, könne ja gehen. Das paßt nun freilich allen nicht, und so legten alle, auch die dort beschäftigten Christlichen, die Arbeit nieder. Ueber die Bauten dieses Winterabens ist die Sperre verhängt worden.

Man steht an diesem schler unglücklichen Vorkommnis, wie sehr den Bauprojekten in Königsberg der Stamm geschwollen ist. Das ist freilich eine Folge der bekannten Laune der Christlichen, durch die die Unternehmer ja bisher sicher waren, daß sie sich den Geleiten gegenüber eben alles erlauben können, ohne ernstlichen Widerstand befürchten zu müssen. Diesmal ist es freilich sogar diesen Gemüthen zu viel gewesen; vielleicht fühlen sie allgemach die Schmach, die sie auf sich gehäuft haben.

Gekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Die Beitragszahlung beginnt laut Statut am 1. März; die erste Einforderung des Beitrages hat spätestens Sonntag, den 4. März, zu beginnen.

Krankenunterstützung wird an unterstützungsberechtigte Mitglieder vom 1. März an gezahlt.

Unterstützungsberechtigt sind nur solche Mitglieder, die:

- a) dem Verbandsamt ununterbrochen mindestens zwei Jahre angehört und für 80 Wochen Beitrag gezahlt haben und
- b) von einer auf Grund des Reichs-Krankenversicherungsgesetzes bestehenden Krankenkasse Krankengeld beziehen.

Das Mitglied hat unter Beibringung der nötigen Atteste die Krankheit innerhalb acht Tagen dem Zweigvereinsvorstand, und dieser innerhalb dreier Wochen dem Verbandsvorstand zu melden bzw. melden zu lassen. Geschieht das nicht, so wird für die über drei Wochen zurückliegende Krankheitsdauer keine Unterstützung gezahlt.

Die Kosten für ärztliche Atteste muß das Mitglied selbst tragen.

Die Unterstützung wird erst vom achten Krankheitsstage an gezahlt.

Bei Mitgliedern, die am 1. März schon länger als sieben Tage von einer Krankenkasse Unterstützung beziehen, fällt diese Kassenzeit fort, und für solche, die weniger als sieben Tage krank sind, verläßt sich die Kassenzeit auf die Dauer der Krankheit.

Im übrigen verweisen wir auf die Bestimmungen des Verbandsstatuts.

Die Auszahlung der Krankenunterstützung erfolgt durch die Zweigvereine auf Anweisung des Verbandsvorstandes.

Für die Erledigung der Geschäfte ist folgendes zu beachten:

1. Anträge auf Krankenunterstützung haben die einzelnen Mitglieder nicht direkt an den Verbandsvorstand, sondern an den Vorstand ihres Zweigvereins zu richten.
2. Die Zweigvereinsvorstände haben die Anträge zu prüfen und festzustellen, ob eine Unterstützungsberechtigung vorliegt, d. h. ob das betreffende Mitglied:

- a) dem Verbandsamt zwei Jahre angehört und mindestens 80 Wochenbeiträge gezahlt hat;
- b) von einer Krankenkasse Unterstützung bezieht;
- c) seine Verbandsbeiträge voll bezahlt hat, und
- d) ob seit Beginn der Krankheit sieben Tage verstrichen sind.

3. Ist die Berechtigung zur Unterstützung festgestellt, dann ist dem Verbandsvorstand das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und eine Bescheinigung über die Art und Dauer der Krankheit zuzufügen. Das Mitgliedsbuch muß in Ordnung, die laufenden Beiträge bis zur letzten Woche gezahlt und die Bescheinigung muß von der Krankenkasse oder dem Arzt ausgefertigt sein.

4. Nach Zusendung der unter 3 genannten Ausweise setzt der Verbandsvorstand die Höhe der Unterstützung fest und erteilt die Zahlungsanweisung. Ohne eine solche Anweisung darf Unterstützung nicht gezahlt werden.

Wir haben wiederholt feststellen können, daß Mitgliedern, die dem Verbandsamt Unterstützung bezogen, für diese Zeit gar keine oder nur Markten für Arbeitslose gestellt wurden. Weder das eine noch das andere ist richtig. Mitglieder, die dem Verbandsamt Unterstützung beziehen, haben laut Statut § 27 o den vollen Beitrag zu zahlen.

Der laufende und auch der rückständige Beitrag ist ausschließlich von der Unterstützung in Abzug zu bringen. Wir dürfen wohl erwarten, daß nunmehr streng nach dem Statut gehandelt wird.

Ferner machen wir darauf aufmerksam, daß nach § 32 des Statuts alle für die Krankenunterstützung in Frage kommenden Krankheitsfälle, vom Beginn der Krankheit an gerechnet, innerhalb acht Tagen dem Zweigvereinsvorstand und innerhalb dreier Wochen dem Verbandsvorstand zu melden sind. Geschieht das nicht, so wird für die über drei Wochen zurückliegende Krankheitsdauer keine Unterstützung gezahlt.

Anträge auf Gewährung von Krankenunterstützung, unter Beifügung des Mitgliedsbuches, werden von der Post nicht als Geschäftsbriefe behandelt. Diese Papiere sind daher in geschlossenem Brief, franco 20 A, zu befördern.

Agitation und Flugblattverbreitung. Auch in diesem Jahre muß mit dem beginnenden Frühjahr eine umfassende Agitation betrieben werden, um die nichtorganisierten Kollegen unserem Verbande zuzuführen.

Die Agitation soll eingeleitet werden durch eine allgemeine Hausagitation, die in allen Orten zu gleicher Zeit vom 25. März bis 1. April unter nichtorganisierten Kollegen vorzunehmen ist.

Zur Unterstützung und Erleichterung der Agitation geben wir eine Flugchrift, 32 Seiten stark, heraus. Die Flugchrift soll den Verbandsmitgliedern und auch allen dem Verbande nicht angehörenden Kollegen zugestellt werden, und zwar erstere durch die „Grunstein“-Verbreiter und letztere durch eigene dazu bestimmte Kollegen.

Wir erlauben die Mitglieder des Verbandes und besonders die Zweigvereinsvorstände, hiervon Notiz zu nehmen und zum guten Gelingen mit beizutragen.

Aufgabe der Zweigvereinsvorstände ist es, sofort die erforderlichen Vorbereitungen für die Flugblattverbreitung und Hausagitation zu treffen. Für die Hausagitation ist besonders erforderlich, daß die Namen und Adressen der nichtorganisierten Kollegen ausgesondert und Verbandsmitglieder bestimmt werden, welche den nichtorganisierten die Flugblätter ins Haus tragen und diese mündlich zu bewegen suchen, sich dem Verbande anzuschließen.

Neben der Hausagitation ist mit Beginn der Bauphase auch eine lebhafteste Agitation auf den Bauplätzen zu betreiben und zu dem Zweck das Baubegleitersystem allgemein einzuführen. Auf jedem Arbeitsplatz, wo mehrere Kollegen beschäftigt sind, muß ein Baubegleiter vorhanden sein.

Um die Aufnahme der Mitglieder zu erleichtern, müssen die Baubegleiter und Hausagitatoren keine Aufnahmeweisene, die bei uns in beliebiger Zahl zu haben sind, bei sich führen.

Die Flugchrift versenden wir so früh, daß sie sich spätestens am 28. März in Händen der Zweigvereinsvorstände befindet.

Die Bauvorstände ersuchen wir um Mitteilung, wieviel Exemplare der Flugchrift für Organisierte und Nichtorganisierte nach den einzelnen Zweigvereinen zu senden sind und wieviel Exemplare sie selbst wünschen. Diese Mitteilung muß uns aber umgehend gemacht werden, damit wir die Auflage der Flugchrift feststellen können.

Vom Verbandsvorstande beauftragt sind die neu gewählten Ortsvorsitzenden aller Zweigvereine, die bisher das Wahlprotokoll eingeleitet haben.

Sterbegeld darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausbezahlt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu überlegen:

- a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und
- b) die Sterbeurkunde.

Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung ausbezahlt ist.

Unterstützungs-Anweisungen sind in der Zeit vom 25. Februar bis 5. März für folgende Mitglieder erteilt worden:

Albert Wolff-Osterwald, Verb.-Nr. 93 306; Wilh. Wiltner-Berlin, 258; Gust. Lehmann-Berlin (Frau), 104; Karl Dieckmann-Lassan (Frau), 82 784; Paul Seidel-Breslau, 179 401; Joh. Wilters-Bremerhaven (Frau), 55 920; Wilh. Gahn-Mainz, 105 020; Hans Hansen-Hamburg, 80 183; Ed. Dr. Ballmann-Dresden (Frau), 161 681; Max Felgner-Birnau, 177 561; Otto Fendler-Berlin (Frau), 69 677; R. Schornberg-Hamburg (Frau), 113 872; Ad. Drenth-Neuburg (Frau), 89 767; Joh. Priemel-Breslau, 16 010; Joh. Bistum-Breslau (Frau), 34 966; Emil Bachmann-Mittell, 112 697; Bernd. Ott-Berlin, 421; Ernst Langhoff-Gannover, 31 749; Herm. Behrend-Gannover, 31 052; Karl Sperling-Leipzig, 36 664; Johs. Klink-Frankfurt a. M., 20 969; Emil Fied-Frankfurt a. M. (Frau), 24 309; Emil Schüller-Webel, 27 313; Karl Breitenfeld-Waldenberg (Frau), 116 256; Theob. Hubert-Hamburg, 26 092; Frdr. Wilmshaus-Hamburg (Frau), 27 900; Karl Hammer-Magdeburg, 41 874; Rud. Schmidt-Magdeburg, 41 691; Karl Haselmann-Meiersberg, 86 789; Aug. Leichter-Serichow, 79 196; Friedr. Wägh-Schönhausen (Frau), 99 430.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer J. Köster, Hamburg 7, Weidenhof 56, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 27. Februar bis 5. März 1906 sind folgende Beträge eingegangen:

a) Für Beiträge und Eintrittsgelder.
Benfandorf M. 129,90, Gr.-Frieden 36,16, Gummersdorf 17,96, Gorgast 1,40, Gölitz 80, Meuselwitz 10,40; 2. Februar aus Leipzig erhalten 150,000.

b) Für Kalender.
Gr.-Frieden M. 10, Halberstadt 10.

c) Für Protokolle.
Groppenstedt M. 1.

d) Für den Bericht der Bauarbeiterschutzkommission.
Gorgast und Halberstadt je 75 A.

e) Für „Arbeit und Kultur“.
Meuselwitz M. 6, Bunzlau 2,50, Halberstadt und Groppenstedt je 1,50.

f) Für Einbaudecken usw.
Meuselwitz M. 3.

Als verloren gemeldet sind die Mitgliedsbücher der Kollegen Richard Endter-Möhr i. L. (Verbands-Nr. 301 477), Karl Wagner-Schönberg i. M. (92 693), Franz Rabe-Leipzig (89 573), Joh. Peter-Dortmund (168 421), Herm. Gallinat-Dortmund (311 918), Joh. Franke-Samm i. M. (297 681), Rudw. Schöfer-Bielefeld (82 890), Aug. Koch-Wärsdorf (86 525), Wilh. Wiltner-Berlin (280 576), Frdr. Gerde-Saarum (98 003), Oskar Guntzow-Leipzig (59 223), Johs. Schlicht-Berlin (80 606), Joh. Widel-Mannheim (140 780), Jakob Schuber-Mainz (268 941), Joh. Czerny-Berlin (343 212), Karl Jacobshins-Berlin (3687).

Ausgeschlossen ist auf Grund § 27 b des Statuts vom Zweigverein Berlin: Martin Mehlhoff (Verb.-Nr. 106 683).

NB. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben.

Aufgefordert, ihren Verpflichtungen nachzukommen, werden vom Zweigverein Düsseldorf: Fris Burende (Verb.-Nr. 100 925), Theob. Ball (95 728).

Aufgefordert wird Kollege Robert Eliert aus Braunschweig, (Verbands-Nr. 111 885), vom Zweigvereinsvorstand M. 10 A.

Kollegen, denen der Aufenthalt der Genannten bekannt ist, werden ersucht, dem Vorstande der betreffenden Zweigvereine Mitteilung zu machen. Der Verbandsvorstand.

Jahresberichte der Bauvorstände.

Hau Cassel.

Oben so wie das Jahr 1904, fand auch das abgelaufene Jahr unter dem Zeichen einer guten Konjunktur. Aus fast allen größeren Orten des Landes konnte von einer günstigen Arbeitslage berichtet werden. Nur in Cassel machte sich in den Monaten März und April ein Ueberangebot von Arbeitsträften bemerkbar; es war dies aber zurückzuführen auf den vorherigen milden Winter, wo mit weniger Unterbrechung als allen Bauten durchgearbeitet werden konnte, andererseits aber auch auf den starken Zug aus der Provinz, der sich allmählich im Frühjahr wiederholte. In der übrigen Zeit des Jahres konnte die Nachfrage nach Maurern nicht immer gedeckt werden.

Auch das kommende Jahr wird unseren Kollegen recht viel Arbeitsgelegenheit bringen. Die private Bauproduktion ist noch immer im Steigen begriffen. Außerdem sind auch größere Staats- und Kommunalbauten eben erst in Angriff genommen und neue werden noch hinzukommen, was hoffentlich von günstigem Einfluß auf die in diesem Jahre bevorstehenden Lohnbewegungen sein wird. Cassel selbst dürfte durch die jetzt baldige Eingemeindung dreier größerer Orte noch auf Jahre hinaus mit einer regen Bautätigkeit zu rechnen haben.

Die im abgelaufenen Jahre geführten Lohnbewegungen haben einen sehr ernsten Charakter nicht angenommen.

In Allendorf a. d. B. versuchte ein Unternehmer den bisher üblichen Lohn um 5 A zu reduzieren. Damit aber nicht genug. Ein von unseren Kollegen beauftragter Delegierter, der mit dem Unternehmer Rücksprache nehmen sollte, wurde sofort entlassen. Daraufhin wurde über das Geschäft die Sperre verhängt, die aber nach vierzehntägiger Dauer mit vollem Erfolg wieder aufgehoben werden konnte. Der bisherige Lohn wurde weitergezahlt und der entlassene Kollege wieder eingestellt. In demselben Orte hatten unsere Kollegen kurze Zeit nach Aufhebung der Sperre allen Unternehmern Forderungen unterbreitet. Der Lohn sollte von 35 auf 38 A erhöht werden. Der schon oben bezeichnete Unternehmer, der vorher wegen Reduktion des Lohnes gesperrt werden mußte, war jetzt der erste, der bewilligte. Auch die übrigen schlossen sich diesem an, so daß unsere Forderung ohne große Bemühungen durchgeführt werden konnte.

In Bebra, wo erst im Jahre 1904 die Organisation gegründet wurde, glaubten die Kollegen nun auch sofort Forderungen stellen zu müssen. Verlangt wurde die Verhinderung der Arbeitszeit von elf auf zehn Stunden und eine Erhöhung des Lohnes von 34 auf 40 A. Da sich die Unternehmung auf Verhandlungen nicht einließen, bauerte es den leidenden Kollegen viel zu lange, ehe es zum Streik kam. In einer äußerst ungünstigen Zeit und unvorbereitet wurde, trotz der Warnung des Bauvorstandes, der Kampf begonnen. Es stellte sich aber auch alsbald heraus, daß dieser Kampf ein Schlag ins Wasser war. Die große Zahl der bei der Arbeit verbliebenen „Arbeitswilligen“ begünstigte sofort die Position der Unternehmer. Aber auch die Leistung ließ alles zu wünschen übrig. Die Kollegen, die hierzu berufen waren, blieben oft tagelang dem Streik fern. Sie glaubten ihre Hauptaufgabe damit erfüllt zu haben, daß sie es zum Streik gebracht hätten; und so hatten dann auch die Unternehmer mit der Werbung von „Arbeitswilligen“ bei dem starken Zug leichtes Spiel. Aber auch die Streikenden mußten bei einem solchen Verhalten ihrer Leistung recht bald den Mut verlieren. Unter diesen Umständen mußte der Streik nach kurzer Dauer ergebnislos aufgegeben werden. In Zukunft wird in ähnlichen Fällen häufig ein Mitglied des Bauvorstandes am Orte bleiben müssen, um solche Vorkommnisse, wie in Bebra, zu verhindern.

Verloren ging auch der Streik im Lohndgebiet der Baustelle Hebel, die den ganzen Kreis Göttingen und mehrere Orte des Kreises Friesland umfaßt. Auch die dortigen Unternehmer hatten es nicht der Mühe wert gehalten, in Verhandlungen einzutreten; sie unterließen es sogar, unser Schreiben zu beantworten. Sonntag, den 30. April, wurde beschlossen, die Arbeit am nächsten Tage einzustellen, jedoch nicht im ganzen Bezirk, sondern nur bei vier Unternehmern, bei denen man zuerst auf Erfolg hoffte. Einer derselben bewilligte sofort, während die übrigen sich ablehnend verhielten. Im Laufe der zweiten Streikwoche wurde dann beschlossen, auch weitere Unternehmung zu sperren. Über dieser Beschluß wurde nicht von allen beteiligten Maurern ausgeführt. Viele blieben bei der Arbeit, so daß diese beiden Sperren sich sofort als erfolglos erwiesen. Dadurch wurden auch die im Streik befindlichen Kollegen unzufrieden; ja selbst die wenigen Streikenden, die abgereist waren, kamen nach kurzer Zeit wieder zurück. Die Unternehmer hatten noch obenrein die Familienmitglieder der Streikenden bearbeitet. Es wurde damit gedroht, daß die, die nicht alsbald zur Arbeit zurückkehren würden, für immer von der Arbeit am Orte und der nächsten Umgebung ausgeschlossen seien. Diese Drohung versetzte ihre Wirkung nicht. Das Gros der dortigen Maurer ist leider noch bereit, bei längerer Arbeitszeit für niedrigen Lohn und schlechte Behandlung seine Arbeitskraft zu verkaufen, um es ja nicht mit seinem „Brothorn“ zu verderben. Nach dreiwöchiger Dauer mußte auch dieser Kampf als ausichtslos aufgegeben werden. Daß dieser Streik verloren ging, ist um so bedauerlicher, da es sich auch hier um die Befreiung der eintreffenden Arbeitszeit handelte.

Wehr Glüd hatten unsere Kollegen in Guden'sberg. Anfang März hatten wir dort eine Baustelle errichtet und kaum acht Tage später wurden auch schon der

Unternehmern Forderungen unterbreitet. Verlangt wurde die Verkürzung der Arbeitszeit von elf auf zehn Stunden und ein Stundenlohn von 88 $\frac{1}{2}$. Bis dahin wurde bei eifriger Arbeit ein Tagelohn von 8,80 bezahlt. Die Unternehmer lehnten jedwede Verhandlung ab, woraufhin der Streik erklärt wurde. Nach vierzehntägiger Hungerkassette wurde die Arbeit wieder aufgenommen, indem unsere Forderungen im vollen Umfange anerkannt wurden.

In Weimar, einem kleinen Orte in der Nähe Cassels, kam es ebenfalls zur Arbeitseinstellung. Ein Kasseler Unternehmer besitzt dort eine Kunstseidenfabrik. Die dort beschäftigten Maurer hatten bisher im Tagelohn gearbeitet; es sollte ihnen aber ein Allotdarbist aufgeschaltet werden, bei dem es unmöglich war, die Höhe des bisherigen Lohnes zu erreichen. Alle Einigungsversuche waren erfolglos, so daß zum letzten Mittel gegriffen werden mußte. Nach vierzehn Tagen war auch dieser Kampf erledigt. Es ist zwar die Einführung der Allotdarbist nicht verpönt worden, aber die Preise sind so geregelt, daß der bis dahin übliche Lohn dadurch garantiert wird.

In Wittenhausen war es im Frühjahr zu einer Einigung gekommen, wonach der Lohn von 2 bis 3 $\frac{1}{2}$ erhöht wurde. Diese Zulage war jedoch unter dem Druck dringender Arbeiten gegeben; denn als im Nachsommer die Arbeit knapp wurde, begann einer der dortigen Unternehmer den Lohn wieder zu reduzieren, so daß auch hier eine mehrwöchige Sperre nötig war, um das im Frühjahr gegebene Versprechen aufrecht zu erhalten.

Die sonstigen Lohnbewegungen sind in friedlicher Weise ohne Arbeitseinstellung erledigt worden.

In Göttingen wurde durch Vereinbarung vor dem Einigungsamt der Lohn am 1. April von 88 auf 40 $\frac{1}{2}$ erhöht.

In Münden konnte in den letzten fünf Jahren infolge geringer Bautätigkeit an eine Aufbesserung des Lohnes nicht gedacht werden. Als dann im Nachsommer des vorigen Jahres die Arbeitsgelegenheit günstiger wurde, ließen es die dortigen Kollegen für nötig, die Unternehmer zu ersuchen, eine Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen einzutreten zu lassen. Dieser letzten es die Unternehmer ab, mit einer Kommission des Verbandes zu verhandeln; schließlich bequamen sie sich aber doch, unsere Organisation anzuerkennen. Nach mehreren Verhandlungen kam eine Vereinbarung zu stande, nach der der Stundenlohn am 1. Oktober 1905 von 88 auf 40 $\frac{1}{2}$, am 1. April 1906 auf 43 $\frac{1}{2}$, und am 1. April 1907 auf 45 $\frac{1}{2}$ erhöht wird.

In Weisse und Gröfse sind Verträge abgeschlossen worden. Im ersten Orte ist der Lohn am 1. März 1905 von 40 auf 42 $\frac{1}{2}$ bezw. 43 $\frac{1}{2}$ erhöht und in Gröfse am 1. April ebenfalls von 40 auf 49 $\frac{1}{2}$.

Auch in Hersfeld beschäftigten die Kollegen Forderungen zu stellen. Es wurden auch solche ausgearbeitet, aber den Unternehmern gar nicht unterbreitet. Man schickte sich eben noch zu schämen.

Im kommenden Jahr wird die Lohnbewegung lebhafter werden; in einzelnen Orten kann es sogar zu schweren Kämpfen kommen. Es bedarf deshalb der Anspannung aller Kräfte, wenn wir der Situation Herr bleiben wollen. Unternehmernorganisationen sind fast in allen größeren Orten vorhanden. In den ländlichen Bezirken besitzen solche meist für einen ganzen Kreis. Mögen sie nun einen Namen tragen, welchen sie wollen, mögen sie sich Janung oder Arbeitgeberverband betiteln, in der Bekämpfung der Arbeiterorganisationen und deren Forderungen sind sie sich alle einig. Das haben wir so recht bei den Lohnbewegungen des abgelaufenen Jahres erfahren. Wenn im allgemeinen kein allzu freundschaftliches Verhältnis unter diesen Herren besteht, wenn sie sich sonst oft gerne melden, in dem Augenblick aber, wo die Arbeiter Forderungen erheben, steht Feind und Freund zusammen.

An der Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder haben wir es auch im abgelaufenen Jahre nicht fehlen lassen, doch ist der Erfolg recht oft ein negativer gewesen. Den größten Hindernissen bei der Agitation begegnen wir in den kleinen Städten, da es hier fast unmöglich ist, Lokale zur Abhaltung von Versammlungen zu bekommen. Zu Anfang des Jahres wurde in Wolfhagen, einer kleinen Kreisstadt, durch Mitglieder des Gewerkschafts eine Hausagitation unternommen, um die dort ansässigen Kollegen dem Verbands beizufügen. Wir wurden zwar freundlich aufgenommen, erhielten auch das Versprechen von den Kollegen, daß sie recht bald der Organisation beitreten würden, aber bei diesem Versprechen ist es bis heute geblieben.

Ebenso resultatlos verlief die in Hofgeismar vorgenommene Hausagitation. Hier ist es die Furcht vor dem Unternehmen, die die Kollegen von der Organisation fernhält; denn sie befinden sich fast alle in dessen Schuld. Im Winter wird Vorstoß genommen, der dann im Sommer abgebrochen werden muß, um im nächsten Winter wieder von neuem zu vorgehen. Deshalb sucht jeder sich die Gunst seines Meisters zu erhalten. Das geschieht nach Ansicht der Kollegen am besten dadurch, daß man die Organisation meidet.

In Wittenhausen hat sich der Zweigverein aufgelöst, obwohl wir uns redlich bemüht haben, die Organisation dort zu halten. Die Hauptschuld trägt auch hier der Lokal-mangel. In Wittenhausen und dessen Umgebung ist weder ein Lokal zu Versammlungen noch zu Besprechungen zu bekommen, so daß jeder Zusammenhalt dadurch verloren geht.

In einigen anderen Orten sind manche der neugewonnenen Mitglieder wieder abtrünnig geworden, die nun bei der nächsten Gelegenheit, wenn sie sich wieder zur Aufnahme melden, ihren Irrtum einsehen werden. Erst folcher Mißerfolge, die wohl noch manches Jahr wiederkehren werden, ist die Zahl der Mitglieder doch beträchtlich gesunken.

Erfreuliche Fortschritte haben Münden und Göttingen zu verzeichnen. Im kommenden Frühjahr wird ein Mitglied des Gewerkschafts sich auf längere Zeit zur Agitation widmen müssen, denn noch weite Gebiete des Gewerks sind bis heute unbesiedelt geblieben. Je länger wir aber damit warten, in diese indifferenten Kreise einzudringen, je später werden wir sie für uns gewinnen. Wollen wir auch in den nächsten Jahren Fortschritte

machen, dann dürfen finanzielle Opfer nicht gescheut werden.

Mit dem Bauarbeiterstich steht es im Gau noch recht mangelhaft aus. Die traurigsten Zustände trifft man natürlich in den ländlichen Bezirken. Neubauten kennt man hier fast nirgend, und da, wo solche vorhanden sind, dienen sie fast ausschließlich zur Aufnahme des Materials, so daß die Arbeiter gezwungen sind, sich während der Pausen und bei schlechtem Wetter im Freien aufzuhalten. Aufgabe unserer Kollegen muß es sein, wenn sie ihr Leben und ihre Gesundheit mehr als bisher schützen wollen, auf die Durchführung sanitärer Vorschriften mehr Gewicht zu legen.

Bevor wir unseren Bericht schließen, richten wir an die Zweigvereinsvorstände wie auch an sämtliche Mitglieder die dringende Bitte, sich nicht in allen Fällen auf den Gauverband zu verlassen, sondern liberal und zu jeder Zeit selbst mit tätig zu sein, dann werden wir auch im laufenden Jahre ein gut Stück vorwärts kommen.

Die Abrechnung gestaltet sich wie folgt:

Einnahme.	
Kassenbestand vom vorigen Jahre	M. 2014,87
Vom Vorstand erhalten laut Statut	1882,75
Beiträge der Zweigvereine	875,85
Für Streikleitung zurückgehalten	428,80
Zinsen	80,20
Summa	M. 4729,57

Ausgabe.	
Beamtengehalt	M. 840,—
Entgangener Arbeitsverdienst	844,—
Doklen	314,05
Fahrtgeld	333,85
Druckkosten	88,75
Porto und Schreibmaterial	20,71
Bureaumiete, Heizung, Licht usw.	232,46
Summa	M. 2128,89

Bilanz.	
Einnahme	M. 4729,57
Ausgabe	2128,89
Bestand	M. 2600,76

Der Gauverband. J. A. G. Thöns.

Berichte.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse findet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Für kurze Mitteilungen können noch Dienstage Morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Forderungen und Adressenveränderungen nur dann für die laufende Nummer berücksichtigt werden können, wenn sie Dienstags Vormittags in unseren Händen sind.

Eine Warnung für ungetreue Kassierer.

Der frühere Kassierer des Zweigvereins Pforzheim, **Wilh. Reupke** hatte in dieser Eigenschaft und als Kassierer bei einer Feier der Gewerkschaften Pforzheims Gelder in der Höhe von M. 848,28 unterschlagen. Er war flüchtig geworden, wurde jedoch nach wenigen Tagen in Braunschweig dingfest gemacht. Am 24. Februar wurde er von der Strafkammer des Landgerichtes Karlsruhe zu acht Monaten Gefängnis verurteilt. Von der ersten Untersuchungshaft kommt ein Monat in Anrechnung, so daß er noch sieben Monate darüber nachsinnen kann, was es einbringt, Arbeitergelder zu veruntreuen.

Gau Braunschweig. (Konferenzbericht.) Sonntag, den 25. Februar, tagte im Gewerkschaftshaus eine Konferenz des Gau Braunschweig. Außer G. S. H. o. n. waren alle Zweigvereine vertreten. An den Verhandlungen nahmen außer den 82 Delegierten auch die Vertrauensleute der einzelnen Bezirke des Zweigvereins Braunschweig als Gäste teil. Als Vertreter des Verbandsvorstandes war Kollege Bömelburg erschienen. Zunächst erbatte Kollege Obermeyer den Bericht. (Siehe Nr. 6 d. Bl.) Am ergriffen wurde über die Anträge des Gauverbandes diskutiert. Diese besagten, daß, nachdem der Verbandsvorstand eine Vergrößerung des Geschehens nicht genehmigt hat, entweder die Arbeit des Gauverbandes dem Braunschweiger Zweigvereinsvorsitzenden mit zu übertragen ist, oder wir uns dem Gau Hannover anschließen. Den verschiedenen Ausführungen gegenüber legte Kollege Bömelburg klar, warum der Verbandsvorstand im Einverständnis mit dem Ausschuß eine Vergrößerung des Braunschweiger Gaues nicht vornehmen kann. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, uns dem Gau Hannover anzuschließen. Hierauf referierte Kollege Bömelburg über: „Agitation und Lohnbewegung“. In ausführlicher Weise teilte er mit, was der Gau- und Wartenagitation. Von großem Werte sei, daß die Kollegen ihr Wissen bereichern, denn fast 80 pzt. der deutschen Maurer sind in kleinen Orten groß geworden, wo die Schulbildung erwerbsmäßig schlecht ist. Es sei eine Hauptaufgabe der Organisation, durch Anschaffen von Bibliotheken und Abhalten von interessanten Versammlungen den Bildungsgrad der Kollegen zu heben. Die Lohnbewegungen nehmen immer größere Dimensionen an. Die Arbeitgeberorganisationen versuchen es, uns in immer größere Kämpfe zu verwickeln. Darum seien wir immer mehr bestrebt, die Organisation zu festigen und unsere Kollegen als leistungsfähige Kämpfer zu erziehen, damit wir noch im ersten Jahre in der Lage sind, die wirtschaftlichen Verhältnisse unserer Mitglieder zu verbessern. Kollege Wessmeyer sprach hierauf über das Braunschweiger Vereinsgesetz. Innerhalb der kommenden 14 Tage gelte es, eine Protokollnotiz des Braunschweiger Gewerkschaftsrates an den Landtag zu unterbreiten. In dieser soll das Vereinsrecht

der Frauen gefordert werden. Alle Braunschweiger Zweigvereine mögen hierzu Stellung nehmen. Nach einem Schlußwort des Vorsitzenden erfolgte nach dreimaligem Hoch auf den Verband Schluß der Konferenz.

Berlin. (Sektion der Gips- und Zementbranche.) Wie wir gleich von vornherein bemerken möchten, konnte die Tagesordnung in dieser Versammlung nicht erledigt werden und wurde deswegen für Donnerstag, den 22. Februar, eine neue Versammlung nach der „Arbeitslosen“-Einberufung. Beide Berichte wurden zu einem zusammengefaßt, weil die Tagesordnung in beiden Versammlungen eine fortlaufende war. Durch ein Lieb, gestiegen vom Gefangenen der Sektion, wurde die Generalversammlung der Sektion Freitag, den 16. Februar, im großen Saale des Gewerkschaftshauses eröffnet. Der Vorsitzende, Kollege Griesch, erstattete den Geschäftsbericht für das vergangene Jahr. Danach war die Tätigkeit des Vorstandes recht vielfältig. Um aber die Versammlung nicht zu lange aufzuhalten, wies der Redner von vornherein auf den gebrauchten Geschäftsbericht hin, der mit dem des Zweigvereins zusammen in der nächsten Zeit den Mitgliedern ausgestellt werde. Das wichtigste Moment im gewerkschaftlichen Leben bildet die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Hierauf wird denn auch die größte Sorgfalt mit verwendet. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen waren durch Vertrag bis Ende September d. J. geregelt. Die neuen Forderungen wurden den Unternehmern bereits im Juli ausgestellt. Da sie aber jeder Verhandlung aus dem Wege gingen, gelang es uns erst durch einen ausständigen Streik der in der Gipsbranche beschäftigten Kollegen, einen neuen Vertrag durchzusetzen. Um nun den alten und neuen Vertrag strikte durchzuführen, war eine lebhafteste Tätigkeit der Kollegen auf den Arbeitsplätzen notwendig. Auch die Mitglieder der Prüfkommmission mußten recht oft in Funktion treten. Immer wieder mußten die Unternehmer, die zu unserem Leidwesen müssen wir das eingestehen, oft mit Zustimmung einzelner unserer Kollegen den Vertrag zu umgehen suchten, in ihre Schranken zurückverwiesen werden. Kausperren mußten im ganzen Jahr geführt werden. Unkosten entstanden dadurch M. 3072,80 bei 320 daran beteiligten Kollegen. Nachfolgende Firmen kamen dabei in Betracht: 1. Die Elfrider Gipsbau-Gesellschaft, die heute für uns nicht mehr in Betracht kommt, da sie die Arbeit aufgegeben hat, versuchte die Allotdarbist einzuführen. Die Sperre wurde aber sämtliche Warten verhängt und endete nach sieben Tagen mit teilweisem Erfolg. 2. Die Rohn-Stenbeton-Baugesellschaft zahlte ursprünglich nach dem Bau Edinow bei Kellow täglich zwei Stunden Fahr- und Aufstellenslohn und M. 8 Fahrgehalt wöchentlich. Nachdem sie das vier Wochen lang getan hatte, wollte sie plötzlich nur eine Stunde täglich Fahr- und Aufstellenslohn und M. 1,20 wöchentlich Fahrgehalt bezahlen. Der Bau wurde gestoppt und die Firma nach acht Tagen gezwungen, die zwei Stunden tägliche Fahrgehalt und M. 1,40 Fahrgehalt wöchentlich zu zahlen. Außerdem mußte sie den zu wenig gezahlten Lohn und das Fahrgehalt nachzahlen. 3. Die Firma A. Ruginio & Co. war vertragsmäßig geworden und hatte die Allotdarbist eingeführt. Sie wurde gestoppt, und die Sperre endete nach vier Tagen mit vollem Erfolg. Welche Bedeutung gerade diese Sperre für unsere Sektion hatte, glauben wir heute nicht nochmals wiederholen zu brauchen, da dies bereits schon im „Grundstein“ veröffentlicht ist. 4. Die Sperre über den Bau Panow der Firma Dik & Co. wegen zu wenig gezahlten Lohnes endete nach fünf Tagen dadurch, daß die Arbeiten einem anderen Unternehmen übertragen wurden. Dieser erkannte unseren Vertrag vollständig an. 5. Die Sperre über die Firma Elias endete nach sieben Tagen mit vollem Erfolg. Sämtliche Kollegen wurden wieder eingestellt, und die Firma verpflichtete sich, den Vertrag in allen seinen Punkten einzuhalten. Durch den Streik der Bauhilfsarbeiter bei der Firma Kibel waren 20 von unseren Kollegen in Mit-Leidenschaft gezogen. Die Sperre dauerte drei Tage und endete mit vollem Erfolg. Neben den Sperren war es auch noch notwendig, daß die Prüfkommmission des öfteren Sitzungen abhielt und die Unterkommission verschiedene Male nach den Baustellen mußte. Außerdem waren die im Bureau tätigen Kollegen ständig unterwegs, um Differenzen auf den Baustellen zu erledigen. Alle Beschwerden drehten sich in der Hauptsache 1. um eine schlechte oder gar keine Baubau, 2. um wenig Lohn, 3. indirekten Afford, 4. Ueberstundenarbeit, 5. Differenzen der Kollegen untereinander, 6. Unzufriedenheit auf der Baustelle, 7. schlechte Behandlung der Kollegen seitens der Unternehmer oder deren Stellvertreter usw. Die innere Tätigkeit wurde durch Abhalten von 66 Sitzungen und 82 Versammlungen in Anspruch genommen. Von den Sitzungen waren 16 solche des Sektionsvorstandes. Ferner wurden abgehalten fünf Sitzungen des Vorstandes mit den Funktionären, eine Sitzung des Vorstandes mit den Obleitenden, eine Sitzung der Vorstände der Ruter und Spanner, 43 Sitzungen in den einzelnen Bezirken. Eine große Zahl von Sitzungen war notwendig, um Beschwerden, die gegen einzelne Kollegen vorgebracht waren, zu erledigen. Ferner tagten zehn Generalversammlungen, eine Versammlung der Hilfsarbeiter und Ruterträger, eine Versammlung der Ruterträger und Spanner, elf Versammlungen der Gruppe der Ruter, elf Versammlungen der Gruppe der Zementierer, 37 Versammlungen der einzelnen Bezirke und eine Versammlung am 1. Mai. Die Generalversammlungen waren Quartalsversammlungen, eine verhandelte die Zentralisierung des Arbeitsnachweises und fünf waren notwendig innerhalb der Lohnbewegung. Die Versammlung der Hilfsarbeiter und Ruterträger beschäftigte sich mit dem Uebertritt in den Verband der Bauhilfsarbeiter. Die Versammlung der Ruter und Spanner wurde einberufen, um sich mit der Allotdarbist zu beschäftigen. Die Gruppen- und Bezirksversammlungen hatten teilweise Geschäftliches zu erledigen, teilweise wurden Referate gehalten. Von den elf Referaten, die bei dem Gewerbeverein eingereicht waren, wurden acht genehmigt, eine ging verloren und zwei wurden durch Vergleich erledigt. Die Sektion der Gips- und Zementbranche hat auch in diesem Berichtsjahre, begünstigt durch eine gute Konjunktur, tüchtige Fortschritte gemacht. Die Mitgliederzahl hat wiederum zugenommen. Bezüglich der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen mußte, wie

Wir schon gesehen haben, die Sektion, obgleich ein für das ganze Gewerbe geltender Tarifvertrag bestand, des öfteren das Recht der Sektion zur vollständigen Durchführung des Vertrages verhängen. Diese Sektion endeten alle mit vollem Erfolge. Mit Ende September d. J. war der Tarifvertrag abgelaufen. Da vor der Zeit auf Grund der von der Sektion an die Unternehmer gestellten Forderungen, im Wege des Streiks die aufgestellten Forderungen durchzusetzen. Der Streik begann am 2. Oktober in der Form, daß zunächst die in der Spisbranche beschäftigten Arbeiter bei allen Unternehmern, die die Forderungen nicht bewilligt hatten, die Arbeit einstellten. Die in der Zementbranche beschäftigten Arbeiter wurden vorerst nicht in den Streik mit einbezogen. Diese Taktik war den Unternehmern völlig neu und kam ihnen ganz unvorbereitet. Die Wirkung des Angriffs zeigte sich darin, daß bereits am dritten Tage des Streiks von dritter Stelle Verhandlungen angeboten wurden. Der Streik, an dem rund 1800 Arbeiter beteiligt waren, dauerte, einschließlich des Sonntags, elf Tage. Er endete mit einem vollen Erfolge. In dem durch die eingeleiteten Verhandlungen eine Einigung zwischen den Parteien erzielt und ein Tarifvertrag, der für sämtliche in der Spis- und Zementbranche beschäftigten Arbeiter die Lohn- und Arbeitsbedingungen regelt, auf zwei Jahre zum Abschluß gebracht wurde. Die Arbeiter sowohl als auch die Unternehmer stimmten dem Vertrage in ihren Verhandlungen zu. Vom Gewerbegericht wurde er am 20. November gegenseitig genehmigt. Den Kassenertrag hat der Kollege Giese. Danach betragen die Einnahmen A 92 485,22 und die Ausgaben A 80 887,62, so daß ein Bestand von A 11 597,70 in der Kasse verbleibt. Die Kosten des Streiks belaufen sich auf A 18 702,82. Mitglieder gehören der Sektion gegenwärtig 3114 an. Demnach ist die Mitgliederzahl gegen das Vorjahr um 680 gestiegen. Wegen rückständiger Beiträge mußten 1405 gestrichen werden. Es sind dies zum weitaus größten Teil Hilfsarbeiter in der Zementbranche. Auf dem Arbeitsnachweis der Sektion wurde im vergangenen Jahre 3497 Hilfen Arbeit vermittelt. Darunter waren: 863 Püker, 776 Spanner, 346 Träger, 230 Zementierer, 32 Flechter, 496 Einsteiger und 819 Hilfsarbeiter. Am Jahresabschluß waren noch 75 Arbeitslose eingetragen. Da der Arbeitsnachweis nicht obligatorisch, sondern das Umfassen auf den Baustellen, sowie Anfragen in den Bureau der Unternehmer gestattet ist, haben sich 1766 Kollegen selbst Arbeit gesucht; davon haben sich nur 717 Kollegen vorchriftsmäßig angemeldet. In der dem Geschäftsbericht folgenden Disposition wurden einige Bestimmungen des Vertrages, sowie das Verhalten des Sektionsvorstandes bezüglich der Grenzfreitritts mit dem Verbands der Bauhilfsarbeiter kritisiert. Nachdem jedoch der Vorstandsbericht verschiedenes richtig gestellt und anderes erklärt hatte, wurde dem Kassierer einstimmig, dem Sektionsvorstand gegen wenige Stimmen Dedache erteilt. Der von den Revisoren gestellte Antrag, dem ersten Kassierer für das vergangene Jahr ein Prämienlohn von A 60 und den übrigen Kassierern ein solches von A 20 zu gewähren, wurde mit großer Majorität angenommen. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Wahl des ersten Vorstehers und des ersten Kassierers“, wurden die Kollegen Otto Wagemann, Willh. Gieseler, Karl Nöhl, Franz Quade und Karl Gösche als Wahlkommission vorgeschlagen und gewählt. Als Kandidaten zum ersten Vorstehern nahmen Giese und Grundmann an. Gewählt wurde Giese mit 273 Stimmen gegen 173, die auf Grundmann fielen. Als erster Kassierer wurde derselbe mit 161 von 209 abgegebenen Stimmen gewählt. Von den übrigen Stimmen entfielen 40 auf Giese und 10 auf Giese; ungültig waren 8. Zur Wahl der Sektionskommissionen wurden bestimmt, daß sie sich nach wie vor aus dem Sektionsvorstand ergänzen, doch sollen die bisherigen Mitglieder in dieser Hinsicht die noch schwebenden Differenzen mit dem Verbandsverein vor dem Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts vertreten. Alle anderen zur Sache gestellten Anträge wurden abgelehnt. Die im Bureau tätigen Kollegen erhalten im neuen Geschäftsjahre einen Wochenlohn von A 45; dafür stimmten 102 Kollegen, während 88 für einen solchen von A 42,50 waren. Bisher betrug der Lohn A 40. Die bei Bauteilkontrollen tätigen Kollegen sollen für den entgangenen Arbeitslohn mit 90 % pro Stunde entschädigt werden. Als Revisoren wurden die Kollegen Ewert, Plagemann und Gieseler gewählt. Da niemand Einspruch erhob, wurden die von den einzelnen Bezirken gewählten Kassierer von der Versammlung bestätigt. Der Püker Emil Bude wurde gegen sieben Stimmen auf seinen Antrag hin wieder aufgenommen. Er zählt gleichgültig A 15 Bude in die Kasse. Die Wiederaufnahme des Spanners Hermann Klinge wurde, da Einspruch erhoben wurde, vertagt, um die erhobenen Beschwerden auf ihre Richtigkeit zu prüfen. Auf Antrag des Vorstandes wurden die nachgenannten Mitglieder aus dem Verbands ausgeschlossen: 1. Die Püker Karl Feind (Buch-Nr. 280 883) und Ferdinand Böhndel (Buch-Nr. 280 884), sowie der Träger Paul Vier (Buch-Nr. 343 162), weil sie während des Streiks bei der Firma Krüger & Bauermann Nachts gearbeitet, sich bei Tage als Streikende zur Kontrolle gemeldet und sich Streikgeld haben auszahlen lassen. Außerdem haben sie vor und nach dem Streik bei derselben Firma in Afford gearbeitet. 2. Die Püker Heinrich Weiß (Buch-Nr. 280 822), Max Wüthorn (Buch-Nr. 279 172), Wilhelm Herbe (Buch-Nr. 290 808), Albert Kaiser (Buch-Nr. 1536) und die Spanner Friedrich Reib (Buch-Nr. 258 873), Paul Wilmel (Buch-Nr. 281 829) und Hermann Schmoldt (Buch-Nr. 279 216), weil sie während des Streiks bei Firmen gearbeitet haben, die nicht bewilligt hatten. 3. Die Püker Adolf Zeiner (Buch-Nr. 1541), Emil Marquard (Buch-Nr. 45 910), Emil Hofmann (Buch-Nr. 311 840), und der Träger Robert Bohlmann (Buch-Nr. 198 451) wegen fortgesetzter unzulässiger Gabeln den Kollegen gegenüber. Weiter erhielten acht Kollegen, weil sie sich nicht zu benehmen hatten, wie es sich für organisierte Arbeiter gehört, Mängeln mit der Warnung, daß im Wiederholungsfall der Ausschluss aus der Organisation erfolgt.

Verbandsrat. Der hiesige Zweigverein hielt am 11. Februar eine Mitgliederversammlung ab, die mächtig besucht war. Zum ersten Punkt der Tagesordnung erstattete der Kassierer den Jahresabschlußbericht, der von den Re-

visoren bestätigt wurde. Da wir im vorigen Jahre eine gute Bauforschung hatten, erhielten wir an Lohn 27 %. Es fragte wohl der eine oder andere wegen einer Zulage von 1 % mehr, es gab aber nichts. Nun sahen die Kollegen ein, wie notwendig es sei, in den Verband der Maurer Deutschlands einzutreten. Als dies die Unternehmer spürten, gaben sie schnell einen 1 % mehr. Es wurde uns natürlich nicht so leicht gemacht. In den ersten Reihen der Kämpfer standen Emil Franke und Hans Parsch. Sie waren zu allen Zeiten für die Organisation zu haben. Dafür wurden sie gemahnt. Aber trotzdem entwickelte sich die Organisation sehr schnell, so daß wir eine Mitgliederzahl von 62 haben. Nun versuchte unser Unternehmer, wieder einige Kollegen zu mahnen, was ihm aber nicht gelang; er mußte die Kollegen wieder einstellen. Es wäre nun allerdings notwendig, für das Jahr 1906 einen höheren Lohn zu fordern und den Stundenlohn auf 82 % zu erhöhen bei zehnstündiger Arbeitszeit. Die Forderung belam unser Unternehmer anfangs des Monats aufgestellt. Am Sonnabend darauf, bei der Lohnausgabe, schickte er einen Brief mit, in dem 17 Mann bezeichnet waren, die zu Hause bleiben oder sich um andere Arbeit kümmern sollten. Natürlich ließ sich jetzt leicht was machen, die Winterarbeit ist fast zu Ende und ein Neubau ist noch nicht angefangen. Da sich die Kollegen aber nicht scheiden ließen, hat er schon wieder Karten geschrieben. Wir sollten kommen. Es muß also eines jeden nachdenkenden Kollegen Pflicht sein, immer zur Versammlung zu kommen und eifrig zu agitieren, damit wir eine feste und starke Organisation bekommen und unsere Forderung durchzuführen können.

Bude. Am 23. Februar fand im Lokale der Frau Wwe. Nöhl die Mitgliederversammlung des hiesigen Zweigvereins statt. Dem Kassierer, Kollegen Wittingmeier, wurden an Diäten A 10 bewilligt; und wird es vorbehalten, eine Nachbewilligung zu machen, falls der Satz zu knapp bemessen ist. Die Versammlung beschloß, den Beitrag zur Kartellbibliothek, der prozentual auf 10 % pro Mitglied berechnet ist, aus der Kasse zu bezahlen. Alsdann kam die Versammlung zu der Lohnfrage. Der hiesige Zweigverein hatte im November durch die Lohnkommission an die Unternehmer die Forderung gestellt, vom 1. März an den Lohn auf 40 % pro Stunde zu erhöhen. Bisher wurden Klassenlöhne von 28 bis 40 % gezahlt. Die Unternehmer haben es aber bis heute nicht der Mühe wert gehalten, auf unsere Forderung zu antworten. Nur der Unternehmer Gieseler hat eine Lohnaufbesserung um durchschnittlich 2 1/2 % eintreten lassen. Die Lohnkommission soll nun den Herren Unternehmern die Forderung noch einmal ins Gedächtnis rufen. Sollten die Herren dann noch nicht geneigt sein, hierauf einzugehen, so müssen wir eben die Zeit abwarten, wo wir etwas deutlicher mit ihnen reden können. Denn da die Bauteilgelder infolge des gelinden Winters und der Zabaufwerpläne der Regierung für den Augenblick ziemlich flau ist, so ist an eine sofortige Durchdringung der Forderung nicht zu denken. Aber was heute nicht ist, kann morgen sein. Die Hauptfrage ist vorläufig, daß jeder Kollege seine Pflicht tut und möglichst dahin wirkt, daß die paar verirrten Bude, die hier noch außerhalb der Organisation stehen, herangezogen und befehrt werden. Dann wird der Tag wohl nicht allzufern sein, wo die Unternehmer schneller auf eine von uns gestellte Forderung antworten. So dann wird der Kollege Noltemeyer an Stelle des Kollegen Gieseler in die Lohnkommission gewählt. Im Punkt „Verschiedenes“ machte der Kassierer die Kollegen darauf aufmerksam, daß mit der nächsten Woche die Beitragszahlung wieder beginnt. In die Hilfskassierer richtete er die Mahnung, möglichst pünktlich die Beiträge einzufassen, damit Rückstände möglichst vermieden werden. Nach einigen persönlichen Auseinandersetzungen mehrerer Mitglieder schloß der Vorsitzende die Versammlung mit der Mahnung an die Kollegen, möglichst jede Versammlung so zahlreich zu besuchen, dann werden auch die Früchte nicht ausbleiben.

Bremen. (Jahresbericht.) Obgleich das Jahr 1904 den großen und unentschiedenen Kampf für das bremische Baugewerbe gebracht hatte, war der Kampfesmut der baugewerblichen Arbeiter durchaus nicht gebrochen. In allen Lebe der Wucht, diese Scharte im Jahre 1905 wieder auszuwetzen. Schon der Anfang des Jahres brachte etwas Gutes: den Zusammenbruch der Baubetriebsbrüderkassen gegen die Kollegen Berg, Wolde, Bremberger und Blar. Nur ein Genosse, der Baubetriebsarbeiter Hübnermann, wurde verurteilt. So operiert der Kampf aus dem was, so ging man doch gleich in den ersten Monaten des Berichtsjahres daran, Stellung zu dem im Oktober abgebrochenen Streit zu nehmen. Die gemeinschaftlichen Verhandlungen der Maurer, Bauarbeiter und Zimmerer führten dazu, daß den Unternehmern im Mai ein Schreiben zugestellt wurde, worin die Forderungen des vorigen Jahres wieder geltend gemacht wurden. Die dann folgenden Verhandlungen endeten mit dem Vertragsabschluß, der die Lohn- und Arbeitsbedingungen bis zum 1. Juli 1908 regelt. Zu Vertragsabschlüssen kam es dann noch in S emelingen und Suchtingen. Der Vertrag in S emelingen gilt bis zum 1. Juli 1907, der in Suchtingen bis zum 1. Juli 1908. An parteiellen Arbeits-einstellungen hat es auch im Berichtsjahre trotz des Vertrages nicht gefehlt. So mußte beim Unternehmer Wüthe die Arbeit wegen Unfortschritt eingestellt werden, weil dort fünf Kollegen die Zugarbeit in Afford übernommen hatten. Es wurden zu einer Vorstandsbesitzung geladen, befristet aber, in Afford zu arbeiten. Die Versammlung am 20. April beschloß: Wenn die fünf Kollegen gegen diese Auszubildungen sich nicht rechtfertigen können, so haben sie am Sonnabend, den 22. April, die Arbeit bei Wüthe niederzulegen; geschieht dies nicht, so wird über das Geschäft die Baupolizei verhängt. Die Kollegen haben die Arbeit nicht eingestellt, infolgedessen wurden am 26. April die Bauten des Unternehmers Wüthe gesperrt. Die Sperre wurde erst mit der Annahme unseres Vertrages als beendet betrachtet. Einen groben Verstoß gegen unseren Vertrag ließ sich der Baumeister Bruns, Oberstraße, zu schulden kommen, indem er sich auf wiederholte Annahmen des dortigen Bauleiters, den Abort und die Baubude der Bauleiters auf Grund dieser Meldung bei der Verbandsleitung entließ. Die Folge war, daß diese Baustelle unversie-

helt gesperrt wurde. Erst nach Abstellung dieser Mißstände und nachdem noch Herr Bruns an unsere Kollegen eine entsprechende Strafsomme bezahlte, wurde die Sperre wieder aufgehoben. Durch das Vorgehen des Baumeisters Wüthe wurden wir ebenfalls gezwungen, gegen ihn vorzugehen. Er beschäftigte dort einen Maurer, der früher auf eigene Rege arbeitete, und daher noch Mitglied des Bremer Bremischer Baugewerksmeisters war. Durch dieses Vorgehen glaubte er unseren Kollegen gegenüber eine bevorzugte Stellung einzunehmen. Es kam zu Auseinandersetzungen mit dem Bauleitern, was natürlich ebenfalls zur Entlassung des Delegierten führte. Wir partiierten diesen Schlag mit einer Sperre, die erst nach Entlassung des Arbeiters und Wiedereinstellung des Bauleiters aufgehoben wurde. Als ein sonderbarer Heißer entpuppte sich durch unser Vorgehen mit einer Baupolizei der Unternehmer Schoof. Dieser sah sich nicht genötigt, obwohl dort schon seit drei Wochen ungefähr acht Mann beschäftigt waren, einen Abort herzustellen, sondern verwies seine Leute zur Verrichtung ihrer Nothdurft in die anliegenden Gassen. Alle Vorstellungen des Delegierten waren ohne Erfolg. Die Verbandsleitung sah sich genötigt, bei obigem Unternehmer mit dem Vertreter der Arbeitgeber vorstellig zu werden, aber anstatt Abstellung der Mißstände wurden den betreffenden von dem lauberen Wäron noch die gemeinsten Ausdrücke und Beschimpfungen an den Kopf geworfen. Da wir auf gutem Wege nicht zum Ziele kamen, gingen wir mit der Sperre vor. Darauf ließ er uns durch einen Rechtsanwalt auffordern, die Sperre aufzuheben, und drohte mit einer Schadenersatzklage. Wir beachteten diesen Widerspruch gar nicht. Erst nachdem die Verbandskommission großgeden und ihn zur Zahlung einer Entschädigungssumme verurteilt hatte, fand die Sache ihren Abschluß. Der schon oben genannte Herr Bruns, ein früherer Schriftfeger, konnte sich mit seinem eifrigen Fleiß nicht begnügen, er mußte noch einmal wegen mangelhafter Baubude re. gesperrt werden. Auch hier war das Endergebnis: Abstellung der Mißstände und Zahlung einer Strafsomme. Durch das Vorgehen der Bauleiters waren wir in zwölf Fällen in Mißständen gezogen. Trotzdem doch nun in diesen Fällen unsere Kollegen ganz schuldlos waren, wurden sie doch von dem Verein Bremischer Baugewerksmeister auf die schwarzen Listen gesetzt. Ein unglaubliches Vorgehen! Die Bauteilkontrolle, die laut Vertrag in Gemeinschaft mit den Unternehmern ausgeführt werden muß, wurde fleißig gepflegt. Im ganzen wurden 414 Bauteilkontrollen; die gehobenen Mißstände wurden, soweit sie nicht gleich an Ort und Stelle abgestellt wurden, der Verbandskommission unterbreitet. Die Bauteilstatistik wurde zweimal vorgenommen, und zwar am 7. April und im August. Diese letztere ergab folgendes Resultat:

Ort	Ge-mittelte Unter-nahmer	Kassierer	Gesellen	Rehr-linge	Durch-schnitts-lohn
Bremen	236	286	2015	385	62,05
Suchtingen	3	1	12	—	53,00
Ellen, Oberhof, Ober-neuland u. Nothwindel	5	1	24	8	56,76
Emelingen	5	9	29	18	60,00
Silberthal	4	—	18	4	40,00
Summa	253	297	2098	410	

Von den gezählten Gesellen gehörten 1945 dem Zentralverbande an. Davon sind Mitglieder seit 10 und mehr Jahren 282, seit 5-9 Jahren 519, seit 1-4 Jahren 774, seit weniger als einem Jahre 201. Für 169 Mitglieder fehlt der Nachweis in unserer Statistik; durch den Rändigen Wechsel konnten eben für diese keine Angaben gemacht werden. Von den genannten Mitgliedern gehörten im Anfang des Monats Dezember 706 dem sozialdemokratischen Verein an. Folgendes interessante, wenn auch nicht befriedigende Bild entstand durch die Fragen, nach den Zeitungen und Zeitchriften, auf die die Mitglieder abonniert sind. Es sind danach abonniert auf „Bremer Bürgerzeitung“ 895, Mitglieder, „Neue Zeit“, 12, „Gleichheit“, 8, „Neue Gesellschaft“, 4, „Bremischer Volksfreund“, 1, „Wahre Jacob“, 456, „Bremischer Volksfreund“, 1, „Norddeutsches Volksblatt“, 1, „Bremer Nachrichten“, 182, „Bremer Tageblatt“, 102, „Deutscher Arbeiter“, 1, „Rechts-voce“, 5, „Baugewerkszeitung“, 2, „Bremischer Staats-anzeiger“, 1, „Nach Frierabend“, 32, „Berliner Zeitung“, 1, „Berliner Morgenpost“, 1, „Gemeintliche Sache“, 1, „Suttemperierung eine Nachrichtenzeitung, eine politische Zeitung. 2005 Mitglieder hielten die „Bürgerzeitung“ mit zwei Mann zusammen, die „Nachrichten“ und die „Bürgerzeitung“ zusammen hielten 24 Mitglieder, „Tageblatt“ und „Bremer Bürgerzeitung“ zusammen hielten 24 Mitglieder. Bremische Bürger waren 314 Mitglieder. Die Frage: Wüthe Du auf die „Bremer Bürgerzeitung“ abonniert? bejahen 88 Mitglieder. Die Frage: Wüthe Du Mitglieder des Sozialdemo-kralischen Vereins? wurde von 222 Mitgliedern mit Ja beantwortet. Es sind also jetzt unter den 1945 Mitgliedern 222 Mitglied des Sozialdemokratischen Vereins und 983 Abonnenen der „Bremer Bürgerzeitung“. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die 5 Fragen der verteilten Fragarten von 1778 Mitgliedern beantwortet wurden, von 172 Mitgliedern konnten die Karten nicht wieder erlangt werden; teils waren die betreffenden Mitglieder abgereist, oder sie wurden nicht angetroffen. Im Laufe des Jahres sind neu eingetretene 422 Mitglieder, davon waren 40 schon einmal Mitglied, gelassen sind 9, aus-schlossen 6, ausgeschieden 3, zum Wüthe eingezogen 42 und wegen rückständiger Beiträge gestrichen 1 Mitglied. Die Kasse hatte mit dem Verbands vom Vorjahre von A 2480,96 eine Einnahme von A 24 936,70, eine Ausgabe von A 11 807,65, der Kassenertrag beträgt A 13 629,05. Für die Haupt-kasse wurden A 43 658,30 eingenommen, wovon A 28 869,86 abgezahlt wurden. An Krankenunterstützung wurden A 1991 ausgezahlt, an Sterbegeld A 915. Außerdem wurde im Frühjahr eine besondere Sterbegeld-Zusatzkasse gebildet. Die Beiträge werden dergefallen erhoben, daß bei jedem Sterbe-fall von jedem Mitglied 15 % gezahlt werden. Das Sterbegeld beträgt in jedem Falle A 170. Wir können mit Zug und Recht behaupten, daß das abgelaufene Jahr für die bremischen Kollegen recht eifriglich gewesen ist. Das ist in erster Linie dem hingebenden Wirken aller Kollegen zu danken, vor allen denen, die auf den Bauten die Interessen der Gesamtheit wahrgenommen haben. Möge dieser gute Geist immer uns wachen.

Büsum. Am 1. März tagte hier eine gut besuchte öffentliche Baugewerksmeisterversammlung, in der Kollege

Roher aus Hamburg über den Wert der Gewerkschaftsorganisation referierte. Roher fand allgemeinen Beifall. Nach dem Vortrag empfahl Kollege Roher den anwesenden Maurern, der Zöglinge des Zweigvereins beide beizutreten, um man wegen der abwechselnden eigenartigen beruflichen Verhältnisse vorläufig Abstand nehmen. Dieser Vorschlag wurde angenommen, und der aus Heide anwesende Kollege Rämum konnte sämtliche anwesenden Maurer in die neue Zählstelle aufnehmen. Wie der Anstoß der Maurer an den Verband auf die Unternehmer wirkt, kann man daraus erkennen, daß sie sich zum Teil Mühe gaben, die Leute von der Versammlung fernzuhalten. Ferner hatten sämtliche Meister vom Versammlungstage ab ihren Gefellen pro Stunde 4 3/4 auf 40 3/4 pro Stunde gestiegen ist. Die Konjunktur wird in diesem für das Frühjahr sehr gut werden.

Celle. Am 25. Februar fand in Winsen a. d. Aller eine öffentliche Maurerverammlung statt, in der Kollege Niemeyer aus Celle einen lehrreichen Vortrag über Arbeiterrecht hielt. Roher führte den Kollegen die wichtigsten Punkte dieses Themas vor Augen, z. B. das Feststellen des menschenwürdigen Bauabens, Aborten, vorchriftsmäßigen Gerüsten usw. Der Vortrag wurde mit großem Interesse aufgenommen. Zum zweiten Punkt regte Kollege Niemeyer an, ob es zweckmäßig wäre, in Winsen einen Zweigverein zu errichten. Nachdem einige Kollegen in dieser Angelegenheit gesprochen hatten, wurde auf Antrag des Kollegen Gemme einstimmig die Gründung eines Zweigvereins für Winsen beschlossen. Nunmehr wurde eine Kommission von fünf Kollegen gewählt, aus der sich der Vorstand zusammenzusetzen soll. Sodann machte Kollege Niemeyer bekannt, daß am 11. März eine Konferenz in Hannover stattfindet. Es ist ihm auch ein Kollege von Winsen zu entnehmen, die Kosten trägt die Celler Lokalfasse. Es wurde der Kollege Gemme dazu vorgeschlagen und auch einstimmig gewählt. Dann wurde beschlossen, am 18. März wieder eine Versammlung abzuhalten, um den Bericht von der Konferenz entgegenzunehmen. Nachdem Kollege Niemeyer die Anwesenden aufgefordert hatte, sich zahlreich an der Vorbereitung der Flugchrift, die in der Zeit vom 25. März bis 1. April herausgegeben wird, zu beteiligen, folgte Schluß der von 18 Kollegen besuchten Versammlung.

Coblenz. Sonntag, den 11. Februar, hielt der hiesige Zweigverein im Gewerkschaftshaus „Goldener Ring“ seine Jahresversammlung ab mit der Tagesordnung: 1. Vorstands- und Kassenbericht, 2. Neuwahl des Vorstandes, 3. Verschiedenes. Kollege Pfeiffer erstattete den Vorstandsbericht, der sich eigentlich nur auf die Tätigkeit des letzten Jahres erstreckte. Wohl wurden auch im letzten Jahres Neuaufnahmen gemacht, aber die Mitgliederzahl ging trotz alledem immer mehr zurück. Erst im zweiten Halbjahr, nachdem vom Bauvorstand Kollege Pfeiffer hierher gelangt war, und dieser mit Haus- und Baueintragung vorgeht, gelang es, den Rückgang zu hemmen und die Zahl der Mitglieder, wenn auch langsam so doch stetig zu steigern. Sie stieg von nicht ganz 40 im zweiten Quartal auf 179 am Schluß des vierten Quartals, trotzdem im letzten Quartal eine größere Anzahl Kollegen, nachdem sie sich angegeschlossen hatte, abgetreten ist. Kollege Pfeiffer führte aus, daß die Zahl der Mitglieder nicht noch höher sei, dürfte auf zweierlei Gründe zurückzuführen sein. Erstens spielt die schlechte Arbeitslage, wie sie seit einiger Zeit in Coblenz und nächster Umgebung vorherrscht, eine Rolle mit, und zweitens ist die Gleichgültigkeit der Kollegen so groß, daß sie meinen, es würde doch in Coblenz niemals besser werden. Wenn man aber bedenkt, daß die Residenzstadt Coblenz in bezug auf Feuerung an erster Stelle steht, in bezug auf die Lohnhöhe aber in die letzte Reihe der Städte des Rheinlandes einzureihen ist (es wird nämlich ein Durchschnittslohn von 37 1/2 gezahlt), so kann man mit Fug und Recht erklären, daß, wenn die organisierten Kollegen im ganzen Zweigvereinsgebiet einigermaßen ihre Schuldigkeit tun, endlich auch die Maurer des Zweigvereins Coblenz aus ihrer Gleichgültigkeit aufgeweckt, durch die Verhältnisse gezwungen, in weit größerem Maße der Organisation beitreten werden, um mit ihren Leidensgefährten Hand in Hand dahin zu wirken, daß endlich auch für sie bessere Verhältnisse geschaffen werden. Sodann erstattete der Kassierer, Kollege Maurer, den Kassenbericht. Er ergab für die Hauptkasse eine Einnahme von 1086,25 und eine Ausgabe von 1018,47. Kassenbestand 67,78.

Für die Lokalfasse.

	Einnahme.	
1. Quartal		81,29
2. „		82,52
3. „		116,04
4. „		159,40
Summa		339,25

Ausgabe.

1. Quartal		76,21
2. „		76,72
3. „		57,44
4. „		67,16
Summa		277,52

Bilanz.

Einnahme		339,25
Ausgabe		277,52
Kassenbestand		61,73

Die Anträge, dem Kassierer Dehage zu erteilen und ihm für seine Mithaltung eine Vergütung von 20 zu bewilligen, wurden einstimmig angenommen. Bei der Wahl des Vorstandes wurde Kollege Matthias Struth als erster Vorsitzender und Kollege Wilhelm Pfeiffer als erster Kassierer und Leiter des Zweigvereins gewählt. Die Adresse des letzteren ist Coblenz-Lübel, Neuen-dorferstr. 25, II. Im Punkt „Verschiedenes“ entpinn sich eine lebhafte Debatte über die Lohnfrage. Es wurde beschlossen, die Lohnfrage als ersten Punkt der Tagesordnung in der nächsten Mitgliederversammlung zu behandeln. Auch wurde beschlossen, jeden zweiten Sonntag im Monat eine regelmäßige Mitgliederversammlung abzuhalten.

Nachdem der anwesende Bauvorstand, Kollege Hiltmann, noch eingehend über Agitations- und Organisationsfragen gesprochen und die Kollegen nochmals ermahnt hatte, besser als bisher für die Organisation tätig zu sein, damit endlich auch der Zweigverein Coblenz als würdiges Glied des Bundes neben den anderen Zweigvereinen zu betrachten sei, wurde die Versammlung geschlossen.

Danzig. Ein zentrumsrätlicher Reinsfall in Schöneberg a. d. Weichsel. Schon längst ist es den Unternehmern und den mit ihnen verbundenen Besitzenden ein Dorn im Auge, daß die Maurer- und Zimmerer aus hiesigen Orie ohne Ausnahme den Zentralverbänden ihres Berufes als Mitglieder angehören. Und da nun unsere Kollegen von den beiden Verbänden es auch noch gewagt haben, sich mit dem Gedanken einer Lohnaufbesserung zu beschäftigen, läßt es diesen Herren keine Ruhe mehr, auf Mittel und Wege zu sinnen, wie die Ausbeutungsfreiheit an unseren Kollegen am besten aufrecht erhalten werden kann. Erst ließ der hiesige Geistliche des Ories (Schöneberg) die am meisten Verdächtigen zu sich ins Haus kommen, um sie zu belehren. Als dies nichts half, verfuhr er an zwei Sonntagen, von der Kanzel herab, daß Sonntag, den 26. Februar, eine Versammlung des hiesigen Arbeitervereins tagen werde, zu der auch Nichtmitglieder Zutritt, jedoch nichts zu reden hätten. Als Redner des Tages solle ein Herr Koch aus Danzig kommen. Natürlich sagten sich unsere Kollegen, wenn der Herr Pfarrer sich fremde Redner holt, haben wir dasselbe Recht. Sie ergriffen also die Kollegen Grünhagen und Reel, an dieser Versammlung teilzunehmen. Doch ihr lieben Herren, wer Dumme sucht, muß selber aufpassen. Nicht den Interessen der Arbeiter sollte die Versammlung dienen, sondern sie hatte lediglich den Zweck, unsere Kollegen zur Führung eines Lohnkampfes durch die Gründung einer christlichen Organisation untern zu machen. Um 2 Uhr Nachmittags holte dann eine vom Pfarrer zur Verfügung gestellte Droschke die beiden Zentrumschriften Koch und Maivitter vom Bahnhof ab. Nachdem die beiden sich dann in der Wohnung des Pfarrers gefächelt hatten, sollte der Tanz losgehen. Als der Pfarrer die Versammlung eröffnete und seiner Freude über den zahlreichen Besuch, der sich aus vier Geistlichen, sechs Lehrern, zwei christlichen Arbeiterkreislären, einer Anzahl Besitzenden, 50 bis 60 Handarbeitern, Anrechnen und 90 bis 100 Sandwerkern zusammenfügte, Ausdruck gegeben hatte und außerdem ein Flugblatt mit dem Titel: „Die Sozialdemokratie als billiger Jakob“ hatte verteilen lassen, fragte einer unserer Kollegen an, ob auch alle Versammlungsteilnehmer Redefreiheit hätten. Als der Geistliche dies verneinte, meinte unser Kollege, zu der Versammlung gemeldet, dann ist es wohl besser, wir gehen hinaus. Als sich ungefähr 80 bis 100 Kollegen erhoben, erweiterten sich die Augen der anwesenden Geistlichen und Lehrer ins Ungesessene; aber noch größer wurden die Augen der beiden Herren von der Mündchen-Elbacht Schule. Als dann Herr Koch aus Danzig das Wort erhielt, konnte er es sich nicht nehmen, den Vorstand, den die Sozialdemokratie den Arbeitern leistet, in jeder Weise zu verunglimpfen. Auch an der Darwinischen Theorie wollte er sein Mühen nicht sparen, indem er meinte, man solle ihm beweisen, daß der Mensch von Affen abstamme. Sollte der gute Mann in der Nähe gar keinen Spiegel entdeckt haben? Ja, ihr lieben Führer der Unternehmung, die Trauben in Schöneberg waren auch wohl so fauer? Natürlich mußte auch Herr Maivitter seinen Senf an den Tag bringen, indem er sich nicht schämte, die Kollegen Grünhagen und Reel, die sich keinen Maulkorb anlegen lassen wollten, in ihrer Abwesenheit in rüpelhafter Weise zu beschimpfen, so daß sich selbst die noch dagebliebenen dagegen empörten. Unverrichteter Sache mußten die beiden Werkzeuge der Unternehmung, ohne ein Mitglied aufgenommen zu haben, mit der Droschke des Pfarrers wieder zum Bahnhof abfahren. Der erste Versuch, unsere Kollegen untern zu machen, ist fehlerhaft. Sorgen wir dafür, daß die anderen Versuche ebenso ausfallen.

Dresden. Donnerstag, den 22. Februar, tagte hier im „Arianon“ eine gut besuchte öffentliche Maurerverammlung. Genosse Dr. Stern-Berlin hielt einen Vortrag über das Thema: „Gibt es einen Gott?“ Roher führte ungefähr folgendes aus: Es flutet ein geistiges Leben durch die Welt, und zwar seien es die unteren Klassen, die nach Wissen und Bildung ringen, um die Zusammenhänge des großen Weltalls begreifen zu lernen. Denn die Erkenntnis mache die Menschen frei und glücklich. Die alte Weltanschauung gehe mehr und mehr zu grunde. Die moderne Richtung der Theologen wolle auch durch das Gefühl des Menschen das Dasein eines Gottes aus der Natur zu beweisen suchen. Gott sei wissenschaftlich nicht zu beweisen, das sage schon Kant, der größte Philosoph in seiner „Kritik der reinen Vernunft“. Vor 200 bis 300 Jahren war es noch möglich, das Dasein eines Gottes der gesamten Christenheit zu predigen, weil die Wissenschaft noch in den Kinderschuhen steckte, obgleich Kopernikus den Mann gebrochen hatte. Doch sein Werk konnte nach seinem Tode erheben; es wurde aber als fulminante Kezerei angesehen und unterdrückt. Tausende von Menschen, die im Mittelalter für den Fortschritt und für die Wissenschaft kämpften, seien im Namen der Kirche und des dreieinigen Gottes verurteilt, gemartert und verbrannt worden; davon zeuge die Geschichte des Mittelalters in allen Ländern. Trotz alledem hätte man den freien Gedanken nach Erkenntnis des Alls nicht unterbinden können. Die Wissenschaft lehre, daß in der Natur kein Stillstand herrsche, alles sei Entwicklung, Werden und Vergehen, das beweise die Wissenschaft der Geologie. Ganze Sonnenysteme seien im Entstehen begriffen, andere im Vergehen; auch unsere Erde gehe ebenfalls in Millionen von Jahren ihrem Untergange entgegen. Der gesunde Menschenverstand könne das Dasein eines Gottes nicht verstehen. Die Stoffe im Weltall seien ewig und würden ewig bleiben. — Unter „Gewerkschaftliches“ wurden die Kollegen aufgefordert, die neuneinhalbstündige Arbeitszeit einzuführen. Sollten sich Neuenfinden, wo vor dem 1. April zehn Stunden gearbeitet würde, so sei dies sofort im Bureau zu melden. Weiter wurde beantragt, daß vom 1. März an die Gewerkschaft der Maurer sich dem Arbeitersekretariat anschließe. Der Antrag wurde angenommen; die Begründung hierzu gab der Kollege Neumann. Auch sollen möglichst die Beitragslisten im Bureau abgeliefert werden, die

arbeitslosen Wochen müssen ebenfalls im Bureau abgemeldet werden. Wie fast in allen Großstädten, so hat sich auch hier eine Hausmeisterkolonne, eine sogenannte Schuttruppe des Unternehmertums, gebildet. Diese Kolonne, die sich „Freie Vereinigung“ betitelt, ist teils aus vertriebenen Baupetulanen und verurteilten Polieren, teils aus früheren Verbandsmitgliedern, die wegen Streikbruchs oder Unterschlagung ausgeschlossen wurden usw., zusammengestellt. Um sich nun einigermaßen über Wasser zu halten, was ihr ja ziemlich lauer werden dürfte, hat sich die „Freie“ mit folgendem Bittgesuch an die Unternehmer gewendet:

Freie Vereinigung der Fuß- und Afformaurer von Dresden.

Dresden, den 8. Dezember 1905.

Sehr geehrter Herr Baumeister!

Ihnen hierdurch zur Kenntnis, daß wir seit dem 1. November 1905 eine Vereinigung gegründet haben, deren Zweck ist, den Zentralverbänden entgegenzuarbeiten. Es dürfte wohl den Herren Arbeitgebern bekannt sein, daß seit einigen Jahren die Schläfen von seiten der Zentralverbänder gegenüber den Herren Arbeitgebern, sowie gegen die nichtorganisierten Arbeitnehmer überhand genommen haben. Daher haben wir auf Veranlassung mehrerer Herren Baumeister diese Vereinigung gegründet. Die Vereinigung ist frei von jeder politischen Anschauung; sie beteiligt sich an keinem Streik oder Auspersse, sie bezweckt nur ein gemeinsames und friedliches Zusammenarbeiten der Kollegen untereinander und die Herren Arbeitgeber in jeder Weise aufzubehalten. Daher wenden wir uns vertrauensvoll an die Herren Arbeitgeber, um uns mit Arbeit zu unterstützen, und bitten, Ihre Herren Kollegen davon in Kenntnis zu setzen. Wir sind durch die Vereinigung in der Lage, mehrere Bauten mit Mauern und Arbeitern voll und ganz zu besetzen. Da wir jetzt schon die Erfahrung gemacht haben, daß sich Zentralverbänder als Mitglieder der Freien Vereinigung ausgeben, um uns nicht aufkommen zu lassen und uns mehrere Arbeiten weggenommen haben, so ersuchen wir die Herren Arbeitgeber höflichst, um den Vorpiegelungen zu entgegen, sich mit einzelnen Mitgliedern nicht einzulassen, sondern sich direkt an uns zu wenden. (Folgt Adresse.)

Der geistliche Leiter dieser Schuttruppe ist ein beträchtlicher Spentulant, der uns aus seiner früheren Kollegenzzeit noch eine hübsche Summe Geldes schuldet.

Freiburg i. S. Wie die Mordjäger in Maurerbetriebe die Lohn- und Arbeitsbedingungen verschlechtert, beweist folgender Vorfall: Am Neubau der hiesigen Porzellanfabrik wurde den dort beschäftigten Kollegen für den Innenputz pro Quadratmeter Wandputz 22 1/2 und für Außenputz 35 1/2 bezahlt. Dann begannen die Kollegen zu pöbeln. Mithin tauschte eine Dresdener Fußarbeiterkolonne auf, und unsere Kollegen wurden abkommandiert. Die Dresdener pöbeln nämlich das Quadratmeter Wand für 18 1/2 und Decke für 28 1/2, also ein Unterschied von 4 und 7 1/2 pro Quadratmeter. Da es sich um viele tausend Meter Fuß handelt, machen die Unternehmer ein feines Geschäft. Gefährlich aber ist es für die Organisation, wenn solche Hochkollegen aus der Großstadt in die Provinz kommen und die ohnehin schlechten Arbeitsbedingungen verschlechtern helfen. Die Leute sind Verbandsmitglieder; den Zweck der Organisation scheinen sie aber nicht begriffen zu haben.

Greifswald. Sonntag, den 26. Februar, fand hier für die Handkollegen eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt mit der Tagesordnung: Quartals- und Jahresabrechnung sowie Berichterstattung über den Verlauf der Konferenz in Gletlin. Als der erste Punkt erledigt war, erstattete der Kassierer, Kollege Reberg, als Delegierter Bericht über die Konferenz. Nachdem entspann sich eine sehr lebhafte Debatte über die Handlungsweise der Kollegen Franz Schmidt und Karl Gogern auf dem Gletlinen Neubau. Der Vorsitzende, Kollege Medenwald, bringt folgende Resolution ein:

„Die anwesenden Mitglieder verpflichten sich, mehr denn je für das fernere Wohl und Gedeihen unseres Zweigvereins einzutreten. Ferner verpflichten sie sich, den Gletlinen Neubau so lange zu meiden, bis die Mithände beseitigt sind.“

Nachdem noch einige Kollegen für die Resolution gesprochen hatten, wurde sie einstimmig angenommen. In ziemlich scharfer Weise wurde gerügt, daß der Kollege Wendt nicht die selbsteigste Arbeitszeit innegehalten hätte. Nachdem die Kollegen von dem Vorsitzenden ermahnt worden waren, für besseren Versammlungsbesuch zu agitieren, der Partei beizutreten und auf den „Volksboten“ zu abonnieren, wurde die gutbesuchte Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Zentralverband der Maurer Deutschlands geschlossen.

Gagenow. Am 4. März tagte hier eine außerordentlich gut besuchte Mitgliederversammlung. Auf der Tagesordnung stand: „Unterbreiten wir den Unternehmern eine Lohnforderung?“ Hierzu machte Kollege Roher aus Hamburg längere Ausführungen. Es wurde namentlich die lange Arbeitszeit, über zehn Stunden, und der niedrige Lohn, pro Stunde 31 1/4, kritisiert. Die Kollegen sollten endlich einmal aufwachen und mit Energie versuchen, ihre Interessen zu vertreten. Die organisierten Unternehmer in der Umgebung haben versprochen, eine etwaige Lohnbewegung in Gagenow unterstützen zu wollen, damit einmal die Schmutzlohnkurz unter den hiesigen Unternehmern beseitigt würde. Den Ausführungen Roher's wurde ungeteilter Beifall zu teil. Hierauf beschloß die Versammlung einstimmig, den Unternehmern eine Lohnforderung zu unterbreiten. Es sollen 40 3/4 Stundenlohn bei zehnständiger Arbeitszeit gefordert werden. Ferner sollen die Löhne bei Wasser- und Ueberlandarbeit eine Regelung erfahren. Auch soll bei Ueberlandarbeit der Unternehmer für anständiges Logis und laubere Betten sorgen. Die Zimmerer stehen seit dem 1. März hier in Gagenow im Streik.

Hannover. Der hiesige Zweigverein hielt am 27. Februar seine regelmäßige Versammlung im „Ballhofe“ ab. Das Ableben der Kollegen Wehrendt und Rangewoitz wurde in der üblichen Weise geehrt. Hierauf entspann sich eine längere Debatte darüber, daß die Kollegen Wilh. Aug.

Friedr. Kunge und Aug. Kriebe am Sonntag gearbeitet haben, ohne den Vorstand davon in Kenntnis zu setzen. Die Genannten wurden nach dem Versammlungsbeschluss, der ohne Genehmigung des Vorstandes Überstunden macht, gilt als ausgesprochen, nach erfolgter geheimer Abstimmung aus dem Verbande ausgeschlossen. Zu der am 11. März hier bei Wülfers, Langestr. 2, Vormittags 11 Uhr beginnenden Generalversammlung wurde die uns nach dem Reglement aufstehende 24 Delegierten gewählt. Hierauf wurde an Stelle des Kollegen Vol. Ketter, der früher Kassierer geworden ist, Kollege Bentele als Kassierer gewählt. Weiter machte der Vorsitzende bekannt, daß die hiesige Gesamtarbeit 16 Kollegen mit 47 1/2 Stundenlohn bei gehaltvoller Arbeitszeit als Sozialmaurer eingestellt hat. Nach Rücksprache mit der Direktion hat diese sich bereit erklärt, sich nach unserem Tarif zu richten. Dieses kommt auch den Bauern zu gute. Die schon längere Jahre dort sind. Von der Baupolizei bei Kriesch ist zu berichten, daß sämtliche Kollegen wieder eingestellt worden sind. Ferner wurde bekannt gegeben, daß diese Woche die Beitragszahlung beginnt, und daß nächste Woche eine Baubelegerung stattfinden wird. Nach Erledigung einiger unwesentlicher Angelegenheiten erfolgte Schluß der Versammlung.

Cellbrunn. Freitag, den 10. Februar, hielten wir unsere regelmäßige Mitgliederversammlung ab, die sehr mäßig besucht war, was vom Vorstehenden scharf getilgt wurde. In der Versammlung war auch unser Gauborsteher, Kollege Stolle, anwesend, der einen lehrreichen Vortrag hielt über die Verteuerung der Lebensmittel. Der Vortrag wurde von der Versammlung mit großem Beifall aufgenommen. In „Verschiedenes“ brachte der Vorsitzende zur Sprache, daß es noch immer Kollegen gibt, die die Interessen des Verbandes nicht zu wahren wissen und den Beschlüssen der Versammlung nicht nachkommen, indem noch immer Altkorarbeiten verrichtet werden, namentlich bei dem Gockweilner Kiepler, wo sich die Kollegen dazu anbieten, anstatt sie zu unterbinden. Die Kollegen möchten mehr Agitation auf den Baustellen betreiben, anstatt im Altkor zu schaffen, denn Altkorarbeit ist Mordarbeit. Ferner wurde ein Mäuselaufzug beschlossen. Es ist dazu eine Weisung angelegt worden, zu der Kollege Buntzhardt einstimmig als Kassierer gewählt wurde. Jetzt liegt es an den Kollegen, sich zahlreich an der Eingangsung in die Weisung zu beteiligen. Zum Schluß der Versammlung ernannte der Vorsitzende die Kollegen, in Zukunft die Versammlungen besser zu besuchen, denn nur Einstiege führe zum Siege.

Hörbe. Samstag, den 2. März, tagte hier im „Westfälischen Hof“ die regelmäßige Mitgliederversammlung. Der erste Punkt der Tagesordnung: Vortrag des Kollegen Buntzhardt über: „Die kulturelle Bedeutung der modernen Arbeiterbewegung“, mußte von der Tagesordnung abgesetzt werden, da der Referent nicht erschienen war. Zum zweiten Punkt: „Regelung der Beitragsfrage“, wurde der Vorsitzende gemacht, die Kolportageagenten abzusuchen und statt dessen 6 1/2 Monatszuschlag pro Woche zu bezahlen. Nach kurzer Debatte wurde dieser Antrag angenommen. Da am 1. April der Stundenlohn auf 68 1/2 steigt und wir damit auch in eine höhere Beitragsklasse steigen, soll vom 1. April ab der Monatszuschlag durch eine Einheitsmarke von 60 1/2 pro Woche erhoben werden. Im Punkt „Verschiedenes“ wurde über die Arbeitsverhältnisse auf den Bauten debattiert. Das Baubelegerungssystem muß noch bedeutend besser ausgebaut werden. Auch muß streng darauf geachtet werden, daß die im Tarif festgesetzte Arbeitszeit nicht überschritten wird. Nachdem noch auf die in der Zeit vom 26. März bis zum 1. April auszuführende Hausagitation hingewiesen worden war, wurde die Versammlung geschlossen.

Ingolstadt. Der hiesige Zweigverein hielt am 4. Februar eine Mitgliederversammlung ab. Der erste Vorsitzende, Kollege Ludwig Appel, tabellierte den schwachen Besuch und gab dann die Tagesordnung bekannt, welche lautete: 1. Wahl zweier Delegierter zur Generalversammlung nach München. 2. Verschiedene Anträge. Aus der Wahl gingen als Delegierte hervor Kollege Appel und Kollege Engler. In „Verschiedenes“ wurde angeregt, die Zeitungen nach Gelmersheim der dortigen Woin zu zustellen an die dortigen Kollegen zu übergeben. Dieser Punkt gab eine lebhafteste Debatte zwischen den Kollegen Engler, Gedner und Kassierer Schupfer. Kassierer Schupfer beschwerte sich, daß die Kolportageagenten von den auswärtigen Kollegen sehr wenig benutzt werden. Hierauf wurde beschlossen, den Kollegen eine diesbezügliche Mahnung ausgeben zu lassen, damit sie den Besuch der Versammlung im Oktober vorigen Jahres hochhalten. Es wurde dort beschlossen, monatlich 10 1/2 für Kolportage und Einsammeln der Beiträge, sowie für das Gewerkschaftsstatistik an die Lokalfälle zu entrichten. Nach der Versammlung traten vier Kollegen dem Verbande bei, so daß die Mitgliederzahl im Frühjahr 90 betragen wird, da auch verschobene Mitglieder wieder von der Liste zurückgeführt sind. Mit einer Ermahnung des Vorsitzenden, nicht zu erlöhnen in der Agitation, bis der letzte Mann unter ist, damit auch in Ingolstadt die Lebensverhältnisse der Maurer gebessert werden können, schloß er die Versammlung.

Merteln. Am 17. Februar hielt der hiesige Zweigverein seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Der Kollege Noos aus Dortmund hielt einen Vortrag über: „Die heutige, schärfste Lebenslage der Arbeiter“. In der Hand verschiedener Statistiken führte er der Versammlung vor Augen, wie es bei der heutigen Lebensmittelveiterung dem Arbeiter unendlich ist, sich und seine Familie anständig zu ernähren. Zum Schluß wies der Kollege Noos darauf hin, daß es nur durch eine feste gewerkschaftliche und politische Organisation möglich sei, solche schreienden Mißstände aufzuheben. Der Vortrag wurde von der Versammlung beifällig aufgenommen. Eine Diskussion über den Vortrag wurde nicht beliebt. In seinem Schlußwort forderte Kollege Noos alle Kollegen auf, mit vollem Verstand der Organisation anzugehören und energig gegen ewige Mißstände anzugehen. Nur dann werde es möglich sein, auch hier einmal menschenwürdige Zustände auf den Bauten zu schaffen, was hier heute bei der schwachen Organisation noch nicht möglich sei. Bei dem Verlesen des Statistikberichts machte es Kollege Daxel einem jeden Kollegen

zur Pflicht, auf kommenden Gewerkschaftswahl thätig für unsere Kandidaten zu agitieren. Im Punkt „Verschiedenes“ wurden die arge Mißstände bezüglich der Bauten und Klärte bei dem Unternehmer Duntz von dem Kollegen Kriese geäußert. In der etwas erregten Diskussion hierüber wurde von den Kollegen, die bei dem Unternehmer Duntz arbeiten, angeregt, es einmal mit dem Baubelegerungssystem zu versuchen und für den Bau Duntz einen Baubelegerer zu wählen, damit man besser mit dem Unternehmer unterhandeln könne. Darauf wurde der Kollege Schubert zum Baubelegerer gewählt. Nach Erledigung einiger interner Sachen machte es der Vorsitzende den Kollegen zur Pflicht, in Zukunft die Versammlung besser zu besuchen. Darauf wurde die Versammlung um 1 1/2 Uhr geschlossen.

Königsberg i. Pr. In unserer Zahlstelle Varten-Stein befindet sich jetzt noch die 12- bis 18stündige Arbeitszeit, und es wurden Klassenlöhne in 12 Klassen gegliedert. Im Frühjahr und Herbst herrscht vollständige Wülfür. Löhne von 2,50 waren nichts seltenes. Nachdem sich fast alle dortigen Kollegen unserem Verband angeschlossen hatten, gelang es durch Unterhandlung, einen Vertrag für ein Jahr abzuschließen. Neben der effizienten Arbeitszeit und 38 1/2 Stundenlohn sind noch weitere Verbesserungen der Arbeitsbedingungen darin festgesetzt worden.

Lehrer. Welche Unterschätzungen sich mancher Unternehmer gegenüber seinen Arbeitern herausnimmt, beweist der nachstehende Fall. Zählt da in der Straße ein Herr mehrere Bauten ausführen. Diese Arbeit auszuführen hat ein Bauunternehmer Krüger, nebenbei bemerkt ein Strohmann. Von den am Bau beschäftigten Maurern wurden nun zwei Kollegen entlassen. Im folgenden Monat wollten nun die Kollegen ihr Arbeitsgerät vom Bau holen. Sie fragten den am Bauplatz anwesenden Krüger, ob er ihnen das Geld für von oben holen lassen wolle. Der Unternehmer verweigerte dieses und verbot den Kollegen sogar den Bauplatz zur Befestigung seiner Macht drohte er die Kollegen auch noch mit einem Arrest. Die übrigen nun am Bau beschäftigten Kollegen stellten hierauf ob dieser unerhörten Vorkommnisse die Arbeit ein. Eine im Anfang Februar abgehaltene Mitgliederversammlung verhängte über den so anständigen Unternehmer die Sperre. Den Ausgang dieser Sperre hat sich wohl Herr Krüger etwas anders gedacht. Bei der augenblicklich herrschenden kolossalen Arbeitslosigkeit der Maurer glaubte er wohl, er würde Maurer genötigt bekommen. Aber es kam anders. Der Bauherr hat den Bauunternehmer Krüger mit einem „Arbeitswilligen“ Auslösungen W. Omann zum Kauf gelöst. Während sonst die Arbeiter entlassen werden, ist hier die Sache einmal umgekehrt gekommen. Nun, vielleicht nimmt Krüger sich die Sache zu Herzen und behandelt in Zukunft die Arbeiter, durch die er doch nur sein Leben fristet, anständig. Die Kollegen, die an den besagten Bauten vorher tätig waren, sind nunmehr am 21. Februar wieder in ihre alten Stellen eingeteilt.

Nun noch ein paar Worte über die Situation im hiesigen Baugewerbe. In der Lohnbewegung befinden sich augenblicklich die Tischler; 104 Möbelsticker, sind schon im Streik und die Bauhilfen werden wohl noch nachkommen. Die Maler, Tapezierer, Steinsetzer und andere Gewerkschaften werden wohl ebenfalls folgen. Weiter beschäftigen die Herren vom Arbeitgeberverband die Einführung der Altkorarbeit für die Bauarbeiter. Wie diese Sache ablaufen wird, ist wohl noch sehr fraglich; vielleicht wird für dieses Jahr ein großer Schlag à la Bremerhaven gegen die ganzen Gewerkschaften überlegt. An großen Arbeiten sollen in Lübeck ausgeführt werden ein Hochbahnhof, ein Theater und die Bauten zum neuen Bahnhof; die Gelber hierzu sind wohl mehr oder weniger schon bewilligt. Aber ehe alle diese Arbeiten in Angriff genommen werden, wird eine ganz andere Zeit im Kalender stehen. Augensichtlich sind hier mindestens an 200 Kollegen arbeitslos.

Marne. Am 28. Februar tagte hier eine Orts-Mitgliederversammlung, die sich mit der Lohnfrage beschäftigte. Die Unternehmer versuchen aus diesem unsere beschiedene Forderung, den Stundenlohn von 42 1/2 auf 45 1/2 zu erhöhen, als unbedeutend hinzustellen. Hier, wo die Agrarier zu Hause sind, die von der Lebensmittelverwertung die meisten Vorteile haben, behaupten unsere Meister, sie müßten sich ihren Auftraggebern gegenüber schämen, die Forderung der Gesellen zu bewilligen. Kollege Kober aus Hamburg führte der Versammlung vor Augen, wie durch die erhöhten Zölle alle Lebensbedürfnisse im Preise steigen würden, so daß eine Lohnsteigerung von 3 1/2 pro Stunde kaum die Mehrausgabe decken könne. Der Gauborsteher gab der Versammlung den Rat, sich durch die angebotene Ausperrung nicht einschüchtern zu lassen, sondern den Unternehmern in energischer Weise klar zu machen, daß die Lohnsteigerung eintreten müsse. Die Versammlung beschloß dementsprechend und beauftragte die Lohnkommission, noch einmal an die Innung zu schreiben, um den Versuch zu machen, durch weitere Verhandlungen ein günstiges Resultat zu erzielen.

Breth. Eine gemeinschaftliche Mitgliederversammlung der Maurer- und Zimmerer tagte am 2. März im Lokale des Herrn M. Wörling. Auf der Tagesordnung stand als erster Punkt: „Unsere Lohnforderung“. Hierzu erstattete der Gesellenausschuß Bericht über die Verhandlungen mit den Unternehmern. Der Kollege Giebers als Berichterstatter führte aus, daß sich die Unternehmer auf eine Verkürzung der Arbeitszeit nicht einlassen wollen. Eine Lohnsteigerung von 44 auf 60 1/2 pro Stunde will man bewilligen, wenn die alte Arbeitszeit, zehn Stunden pro Tag, beibehalten wird und der neue Tarif dann für mindestens drei Jahre abgeschlossen wird. Nach der Berichterstattung entspann sich eine sehr lebhafteste Debatte über das Angebot der Unternehmer. Darüber herrschte vollständig Einstimmigkeit, daß der angebotene Stundenlohn für die langjährige Tarifdauer zu gering bemessen sei. Der Gauborsteher, Weber, unterbreitete der Versammlung eine Resolution, wonach die Vertreter der Maurer und Zimmerer die Verhandlungen mit den Unternehmern weiter führen sollen, mit der Mahnung, daß bei einer mehrjährigen Vertragsdauer ein bedeutend höherer Stundenlohn und eine Verkürzung der Arbeitszeit eingeführt wird. Die Resolution

wurde gegen wenige Stimmen angenommen. Es wurde dann in der Versammlung gerügt, daß einige Kollegen bei Überlandarbeiten den Tarif nicht innehalten. Ein besonderer Punkt, betreffend Überlandarbeit, wird dem Gesellenausschuß zur Erledigung überwiesen. Eine Anfrage, betreffend die Beitragsleistung derjenigen Kollegen, die in Kiel arbeiten, wird vom Kollegen Kober beantwortet. Der in der Versammlung anwesende Gauleiter des Fabrikarbeiterverbandes beschwerte sich darüber, daß seitens der Zweigvereinsleitung unter dem Mitgliederbestande seines Verbandes für den Bauhilfsarbeiterverband agitiert wird. Diese Angelegenheit fand Aufklärung.

Rehau. In der am 28. Februar abgehaltenen Versammlung, in der Kollege Merzel aus Nürnberg anwesend war, wurde beschlossen, den Unternehmern eine Forderung auf einen Einheitsstundenlohn von 40 1/2 zu unterbreiten. Daraufhin wurde Samstag, den 24. Februar, vom Maurermeister Kropf zehn Kollegen geschickt. Der Unternehmer schloß Arbeitsmangel ab. Bei näherer Betrachtung der Sache findet man aber, daß die Kündigung einen Schlag gegen die Organisation bedeutet. Dadurch kann möglicherweise die Sache früher ins Rollen kommen als erwartet wird.

Schneidemühl. Am 21. Februar fand hier eine außerordentliche Maurerverversammlung statt, die gut besucht war. Als Referent war Kollege Otto Lehmann aus Berlin anwesend. Es wurde über die Lohnfrage verhandelt. Kollege Schürer berichtete, daß die Lohnkommission am 16. Februar eine Sitzung mit den Unternehmern hatte, an der auch Kollege Lehmann aus Berlin teilnahm. Ein Erfolg kam bei der Verhandlung nicht heraus. Die Unternehmer erklärten, die geforderte Lohnzulage von 6 1/2 nicht bewilligen zu können, da diese Forderung zu hoch sei; sie könnten den Lohn, der in Bromberg üblich sei, nicht zahlen. Auf den Hinweis der Kommission, daß die Lebensmittelpreise in Schneidemühl ebenso hoch seien wie in Bromberg, gingen die Unternehmer nicht ein, sondern beharrten auf ihrer Weigerung. Darauf ernannte die Kommission die Forderung, derart, daß sie für dieses Jahr einen Zuschlag von 8 1/2 und für nächstes Jahr die übrigen 2 1/2 forderte. Aber auch dieses blieb erfolglos; die Unternehmer blieben hartnäckig und verteidigten jede Zulage; höhnend meinten sie, die Zulage würde nur den Schnapskonsum fördern. Natürlich blieb die Kommission die Antwort auf diese freche Verleumdung nicht schuldig; erziehen konnte sie aber weiter nichts, obgleich sie von der Forderung noch einen Pfennig abließ, als daß die Unternehmer schließlich erklärten, sie würden zwar einen Vertrag mit uns abschließen, aber erst für nächstes Jahr 1 1/2 Lohnzulage gewähren. Die Versammlung lehnte dieses Angebot der Unternehmer ab und erklärte, auf ein Vertragsverhältnis mit den Unternehmern nicht einzugehen, sondern solange ohne Vertrag zu arbeiten, bis die Zeit gekommen sei, um den Unternehmern den Stuhl vor die Füße setzen zu können. Kollege Lehmann legte nunmehr den Kollegen aus Herz, dafür zu sorgen, daß alle Kollegen dem Verbands beitreten, damit, wenn wir gezwungen würden, den Kampf für die Durchsetzung der Forderung zu eröffnen, alle Kollegen wie ein Mann dastehen. Im Punkt „Verschiedenes“ wurde von mehreren 1. Augen Beschwerden darüber geführt, daß die Bauten auf verschobenen Bauten sehr schlecht oder daß überhaupt keine vorhanden seien. Dasselbe treffe auch auf die Worte zu. Als einige Kollegen meinten, daß die Schuld an diesen Mißständen hauptsächlich der Baupolizei beizumessen sei, weil sie sich nicht um die Bauten kümmern, erklärte der überwachende Polizeikommissar, die Polizei könne nicht wissen, wie es auf den Bauten zugehe, wenn man ihr aber von solchen Mißständen Kenntnis geben würde, so würde sie dafür sorgen, daß sie verschwinden. Da die Tagesordnung erschöpft war, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

Würgburg. In den Nummern 24 und 25 des „Frankischen Volksblattes“ wird in geküssiger Weise gegen unser Fachblatt, sowie gegen unsere Kollegen losgezogen. Auch in der Nr. 27 bringt dieses Blatt seine Geküssigkeit zum Ausdruck. Wir lassen einige solcher Sätze folgen: „Eine Hauptaufgabe des sozialistischen „Grundstein“ besteht offen darin, seine Leser um jede Religion zu bringen. Nach eigenem Geständnisse bemühen sich seit länger als einem Jahr die toten Maurergesellen, ihre sozialdemokratische Gesellschaft besonders in den Dörfern um Würgburg auszubreiten. Anfangs war der Erfolg ein geringer. Die Sozi wurden ägerlich, weil die Maurer lieber im Wirtshaus Karten spielten und sich unterhielten.“ Ferner schreibt dieses Blättlein in seinem Leitartikel weiter: „So weit wir informiert sind, ist die Redaktion des „Grundstein“ allerdings religionslos. Der „Grundstein“ ist tatsächlich religionslos, er ist gottlos. Können christliche Gewässer ein solches Blatt in ihren Familien dulden, ohne daß sie erötten müssen vor ihren Hausgenossen? Deshalb wurde eine weitere Organisation der Bauhandwerker Deutschlands geradezu eine Notwendigkeit. Sie ruht auf christlicher Grundlage und nennt sich: „Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands“. Ihr Organ ist die „Baugewerkschaft“. Dieser Verband auf christlicher Grundlage bietet den ein- und übertretenden Mitgliedern, wie auf bestimmte berichtet wurde, ganz dieselben Vorteile.“ Nun fährt das „Frankische“ in seinem Geküssigkeit weiter fort: „Hochachtung vor denen, die nicht feige den Zerrorismus und Spott der Sozialdemokraten fürchten.“ Zum Schluß heißt es: „Eine große Agitation entfaltet zur Zeit der sozialdemokratische Maurerverband in Würgburg und Umgebung. Am Sonntag, den 4. Februar 1906, finden an zehn Orten Versammlungen statt.“ Es werden weiter die Referenten aufgezählt; am Schluß wird bemerkt: „Soll vielleicht die Religionsfreundschaft des „Grundstein“ verteidigt werden? Das wird bei denkenden Leuten wohl schwer fallen.“ Diese niedrige Kampfmethode ohne jede Veranlassung des im Aussehen begriffenen und an Absonderungsmäßig leidenden Volksblatts gewinnt uns, die Tatsachen hier reden zu lassen. Im voraus müssen wir als Kritiker dabei bemerken, daß wir auf das niedrige Niveau des „Frankischen“ und seines wohl bekannten Verächters „Grundstein“ im geistlichen Gewand von der Umgebung Würgburgs nicht herabsteigen. In Würgburg und Umgebung hat die freie Ge-

durch eine Firma um ihr Renommee kommen, und dadurch der Unternehmerprofiit gefährdet werden. Aber es kann vielleicht dabei auch nicht kommen, wie gewöhnlich mit Arbeiterstreiks umgegangen wird. Auf eine solche Deutung muß man kommen, wenn den Vertretern der Preise der Zerstörung verwehrt wird.

Wir wollen noch hervorheben, daß die ausführende Firma Henschel-Benzath dieselbe ist, die die Eisenkonstruktion am Hamburger Zentralbahnhof ausführt. Wie es bei dieser Firma mit dem Arbeiterstreik steht, haben wir mehrfach gezeigt, und glauben es nicht allzu langer Zeit an Gerichtsstelle tun zu können. Sie stellt, wie uns einmal drei ihrer Arbeiter versicherten, nur Leute ein, die gut klammern können. Einem zweiten Arbeiter, der heruntergefallen war, wurde ein Bein am Oberschenkel abgeklammert.

Ueber den Unfall geht uns noch eine längere Darstellung des Bochumer Zweigvereinsvorstandes zu, die sich mit dem hier mitgeteilten völlig deckt. Wir entnehmen ihr noch: Ueber die Ursachen des Unglücks werden verschiedene Darstellungen gegeben. Nach dem Urteil der Prüfenauer sind die Dachbinder für eine Spannweite von 25,30 m viel zu schwach gewesen. Ueberhaupt durfte mit der Herstellung des Daches nicht eher begonnen werden, bis der Bau genehmigt war. Der Bau sollte sich zuerst an der Stelle, wo das Aufzugsstahl stand; jedenfalls ist der Druck von oben zu stark gewesen. Das Ganze bietet ein Bild widerlicher Verhinderung. Das Dach liegt unten, verbogen und gebrochen. Ein Stütz bei diesem schweren Unfall war es noch, daß an diesem Tage ungefähr 50 Mann der Bahnstadt wegen von der Arbeit fortgeschickten waren, sonst wäre die Zahl der Verunglückten ganz sicher noch viel größer gewesen.

Ein zweiter Unfall ereignete sich am 1. März an den Beamtenwohnungen in Ehrenfeld. Dort war ein Arbeiter damit beschäftigt, Balken von der Balkenplatte der zweiten Etage herunterzuwerfen. In einem Balken befanden sich herunterfallende Nägel, wodurch der Arbeiter mit in die Tiefe gerissen wurde. Er fiel so unglücklich mit dem Kopfe zwischen Eisenteile, daß er kurze Zeit darauf im Krankenhaus starb.

Bremerhaven. Dienstag, 27. Februar, ereignete sich auf dem Neubau des Unternehmers Seemann in der Auguststraße ein Baumfall, indem zwei Maurer, als sie auf ein aus Beton angefertiges Treppengestell traten, mit diesem durchdrungen und aus der zweiten Etage in die Tiefe fielen. Einer der Abgestürzten erlitt einen Bruch des linken Beines, während der andere mit einigen Hautabschürfungen davonkam. — Durch herabfallende Steine im Weitergang wurde am 28. Februar ein Arbeiter an dem Bau des Unternehmers Mauritius in der Offstraße am Kopfe schwer verletzt.

Gießen. Am 1. März ereignete sich in Steinbach bei Gießen bei einer Reparaturarbeit ein schwerer Unfall. Es sollte dort ein Stall zu einer Scheune umgebaut werden; da aber das Fundament nicht tief genug war, sollte die Mauer unterfangen werden. Der Eigentümer hatte nun den Abruch an einer Ecke selbst gemacht. Hier begab sich unser Kollege Schmidt in das circa 70 cm tiefe Loch und fing an zu mauern. Er hatte aber kaum ein paar Schichten gemauert, als ihm ein Teil des Mauerwerks los und begrub ihn. Er wurde zwar sofort befreit und nach Hause gefahren, hatte aber, so sehr gelitten, daß er in der Nacht an seinen Verletzungen starb. Als das Unglück geschehen war, da hatte der hiesige Kontrolleur Zeit genug, um einen halben Tag daran zu denken, um für bessere Abklärung zu sorgen. Warum ist das nicht gleich bei Beginn der Arbeit geschehen? Kollege Schmidt war ein treuer Mitarbeiter in der Organisation; vor 14 Tagen schenkte ihm seine Steinbacher Kollegen noch das Vertrauen und wählten ihn zum Kassierer der Zählstelle.

Aus anderen Berufen.

Der Zentralverband der Handels- und Transportarbeiter erläßt folgenden Aufruf:

An die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands!
Wegen Angehörigkeit zum Zentralverband der Handels-Transport-, Verkehrsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands wurden am 12. Februar 70 Salz- und Lagerarbeiter der vereinigten Kaisergruben der Sontheim, Jumenthal und Umgegen (Oberallgäu in Bayern) gemauert. Verhandlungen über einen Tarifvertrags-Einstellung wurden seitens der Unternehmer brüsk zurückgewiesen. Statt einer Antwort erklärten dieselben ihren Arbeitern:

Ihr zieht Euren Tarifentwurf zurück. Am Montag, den 12. Februar, nach dem Verbanke ist, wird ohne Abklärung entlassen.

Diese Drohung wurde sofort wahr gemacht. 70 fleißige Arbeiter, darunter solche die 15 bis 20 Jahre in diesen Betrieben tätig waren, liegen mit ihren Familien auf dem Straßenpflaster. Warum? Weil sie es wagten, ihren Arbeitgebern einen Tarifentwurf zu unterbreiten.

Die Forderungen, die gewiß nur bescheiden zu nennen sind, sollen der Unternehmerprogen zum Vorwand dienen, um die Arbeiterorganisation zu vernichten. Sagte doch der Großhändler Herr Wöhrlich:

„Und wenn mein ganzes Käselager verfaul und zugrunde geht, einen Verkäufer habe ich nicht wieder.“

Genossen und Kollegen! Ein derartiges Verhalten richtet sich vor den Augen aller rechtlich denkenden. Dies kann und darf sich die Organisation nicht gefallen lassen. Wir richten daher an die gesamte Arbeiterschaft die Bitte, unterstützt die um ihre Konstitutionsrechte kämpfenden Arbeiter im Allgäu.

Nicht Geldmittel benötigen wir. Für diese wird seitens der Organisation in genügender Weise gesorgt. Aber Pflicht eines jeden Arbeiters, jeder Arbeiterin ist es, beim Einmarsch von Käse nach dessen Verfallsort zu forschen.

Alquader Käse muß die Arbeiterschaft anerkennen, solange noch ein Arbeiter ausgebeutet ist. Der Wunsch des Herrn Herrs muß für das ganze Ausbeuterungsgebiet in Erfüllung gehen. Ausgebeutete haben nachgehende Firmen: Gustav Scherz, Gebr. Herr in Jumenthal, Ottomar Herr jun., Ottomar Herr sen., Ottomar Herr III., Speiser & Sang, Sauter & Hartmann und Vogt in Sontheim. Solidarisch mit diesen Firmen erklären sich die gesamten Unternehmer in Allgäu und Schwaben.

Dieser Solidarität des Unternehmertums stellen wir die Solidarität der Arbeiter gegenüber. Zu jeder seine Pflicht, dann ist der Sieg unser.
Der Zentralverband.

Polizei und Gerichte.

* Die Flucht aus der Öffentlichkeit. Vor einiger Zeit berichteten wir darüber, daß sich der Vorsitzende der „Christlichen“ in Reddinghausen, der Maurer Franz Rogge, bei der Berechnung der mit den Zentralverbänden gemeinsam gemachten Ausgaben bei der Auswertung zum Vorteil seiner Organisation oder seiner eigenen Kasse „berechnet“ hatte. Diefelbe Notiz stand auch im Bochumer „Volksblatt“. Rogge gebürdet sich damals recht sittlich entzündet und kündigte in dem „Christlichen“ Verbandsorgan eine große Gerichtssaktion an. Zwar wollte er so gnädig sein, und den „Grundstein“ noch einmal laufen lassen, aber das „rote Volksblatt“ sollte daran glauben. Gegen dessen Redakteur, den Genossen Linzweiler, hatte er Strafantrag gestellt. Nun ist aber aus der Sache nichts geworden. Dem Redakteur ist folgender Befehl ausgegangen:

„Auf die Privatklage des Maurers Franz Rogge in Reddinghausen, Nordstraße 26, vertreten durch Rechtsanwalt Wiesmann in Reddinghausen, gegen den Redakteur R. Linzweiler in Bochum, wird das Verfahren eingestellt; die Kosten werden dem Privatkläger auferlegt.“

Der Privatkläger hatte es unterlassen, in der Privatklage gemäß §§ 421, 198 Str.-P.-O. die Beweismittel für seine Behauptung anzugeben. Zur Begründung Mangels ist er mit Frist von einer Woche aufgefordert; für den Fall des Nichterhaltens dieser Frist ist ihm die Einstellung des Verfahrens angedroht. Diese Aufforderung ist dem Privatkläger am 3. Februar 1906 zu Händen seines bevollmächtigten Rechtsanwalts gemäß § 418 Satz 2 Str.-P.-O. zugestellt. Kläger hat bis zum 12. Februar 1906 die Klage nicht ergänzt und die Frist nicht eingehalten; nach § 431 Str.-P.-O. gilt die Klage deshalb als zurückgenommen; das Verfahren war demnach einzustellen.

Die Kosten trägt Kläger nach § 503 Str.-P.-O. Reddinghausen, den 12. Februar 1906.

Königliches Amtsgericht.
gez. Berth.

Warum nun das? Ist der streitbare, sittlich entzündete „Christ“ plötzlich inne geworden, daß sich bei diesem Prozeß keine Vorbeeren holen lassen?

Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung.

Einigungsamt für das Baugewerbe im rheinisch-westfälischen Industriegebiet.

Auszug aus dem Protokoll der Sitzung vom 20. Februar 1906, abgehalten in Essen.

Anwesend sind der Arbeitgeber und der Sekretär des Arbeitgeberverbandes, Schmiedebach, von den Arbeitern zwei Vertreter der christlichen und drei Vertreter der freien Gewerkschaften. Den Vorsitz führt der Beigeordnete Dr. Wiebeke.

Punkt 2. Das vom Arbeitgeberbund aufgestellte und von dem Einigungsamt verbrieflichte Verzeichnis der dem Arbeitgeberbund nicht angehörenden Baunummer wurde jedem anwesenden Mitgliede ausgehändigt. Es wird dabei festgestellt, daß der Ortsverband des Arbeitgeberbundes Oberhausen den Tarifvertrag nicht anerkennt. Er steht somit völlig frei außerhalb der vertraglichen Abmachungen.

Punkt 3. Auf Antrag des Ortsverbandes des Arbeitgeberbundes Dortmund und des Antrag des Zweigvereins des Maurerzentralverbandes Dortmund wird beschlossen, die normale Arbeitszeit im § 2 des Vertrages folgendermaßen abzuändern:

Jahreszeit	Arbeitszeit	Arbeitszeit	Arbeitszeit	Arbeitszeit	Arbeitszeit
1. 12. bis 15. 12.	8	—	12—1	—	8 Stb.
16. 12. „ 15. 1.	8½	—	12—1	—	7½ „
16. 1. „ 15. 2.	8	9—½	12—1	—	8 „

Punkt 5. Auf Antrag des Vertreters des Arbeitgeberbundes Gelsenkirchen wurde beschlossen:

Die Forderungen sollen innerhalb acht Tage bei dem Obmann der Schlichtungskommission mündlich oder schriftlich angebracht werden. Diese Frist soll eine Fristfrist sein. Als Anfangstag gilt der Tag, an welchem der Bescheidurkunde eingereicht ist. Der Partei, welche durch Naturereignisse oder durch andere unabwendbare Zufälle verhindert worden ist, die erwähnte Frist einzuhalten, soll auf Antrag die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand erteilt werden. Der Obmann soll gehalten sein, über mündlich eingebrachte Beschwerden eine kurze Registratur aufzunehmen.

Punkt 6. Die Anfrage der Schlichtungskommission Hörde, ob ein Unternehmer berechtigt sei, mit einem Arbeitnehmer, der nicht vollwertig erscheint, andere Lohnsätze in den ersten sechs Tagen zu vereinbaren, als der § 4 des Tarifvertrages bestimmt, wurde seitens des Einigungsamtes grundsätzlich verneint. Das Einigungsamt erachtet es aber für zulässig und empfehlenswert, daß der Arbeitgeber von einem ihm nicht vollwertig erscheinenden Arbeitnehmer die schriftliche Anerkennung geben läßt, daß er sich selbst im Sinne des Tarifvertrages als Invalide betrachte. Nur auf Grund dieser abgegebenen Erklärung solle eine besondere Lohnvereinbarung nach dem § 4 Absatz 1 des Tarifvertrages erfolgen können.

Bei Arbeitern, die das 70. Lebensjahr vollendet haben, besteht nach Ansicht des Einigungsamtes die Vermutung, daß sie im Sinne des § 4 Absatz 1 des Tarifvertrages als Invalide anzusehen sind; auch in solchen Fällen empfiehlt sich Inbesonderheit eine schriftliche Vereinbarung mit entsprechendem Anmerkungsbezug.

Punkt 7. Der Vorsitzende gab den Mitgliedern des Einigungsamtes von dem ergangenen Urteil des Gewerbegerichts in Gelsenkirchen in Sachen Adam contra Reddinghoffer Kenntnis.

Dem Mitgliede des Einigungsamtes, Jantzen, soll das Urteil auf seinen Antrag abdrücklich mitgeteilt werden.

Es wird beschlossen:

1. Der Vorsitzende möge sich mit den Gewerbegelehrten Gelsenkirchen und Reddinghausen über die Stellungnahme zum Tarifvertrage in Verbindung setzen.

2. Die beiderseitigen Organisationen aufzufordern, dahin zu wirken, daß die Schlichtungskommissionen überall sofort in Kraft treten.

3. Die Schlichtungskommissionen aufzufordern, alle an sie herangetragenen Angelegenheiten ohne Verzug zu erledigen.

4. Die Organisationen aufzufordern, dahin zu wirken, daß derartige Erklärungen, wie sie im Falle Gelsenkirchen abgegeben sind, von Organisationsmitgliedern nicht abgegeben werden. Die Organisationsleiter geben die Erklärung ab, daß sie ihrerseits nach Möglichkeit dahin wirken werden, daß bei entstehenden Streitigkeiten aus dem Tarife die zuständige Schlichtungskommission von den Arbeitern angerufen werde.

Punkt 8. Das Einigungsamt erachtet es auf Anfrage der Schlichtungskommission Gelsenkirchen für zulässig und erstrebenswert, daß Streitigkeiten zwischen nicht organisierten Arbeitnehmern und organisierten Arbeitgebern und umgekehrt dort bei zuständiger Schlichtungskommission verhandelt werden.

Punkt 10. Von dem Beschlusse der Schlichtungskommission Gelsenkirchen, nach dem ein Arbeiter als Streitträger nur anzusehen ist, wenn er als Mindestleistung 18 Tage die Woche, nimmt das Einigungsamt Kenntnis und tritt ihm bei.

Punkt 11. Es wurde beschlossen, über den Antrag Herne, auf Ausbeziehung des für Herne festgesetzten Lohn- und Arbeitsverhältnisses auf das Gebiet des Amtes Solingen, nach die Schlichtungskommission Witten-Geslopp zu hören. Zerte diese Kommission für den gestellten Antrag ein oder treffe binnen acht Tagen nach Zustellung dieses Beschlusses ein entgegenstehender Beschluß der Kommission nicht ein, so soll dem Antrag Herne stattgegeben werden.

Punkt 12. Gegen den Antrag des Ortsverbandes der Arbeiter in Münster i. W., auf Ausbeziehung des Geltungsbereichs des Tarifvertrages im Baugewerbe auf Münster i. W., hat das Einigungsamt keine Einmündungen zu erheben. Es soll am Montag, den 12. März 1906, Vormittags 11 Uhr, eine besondere Sitzung des Einigungsamtes stattfinden, zu der die Mitglieder besondere Einladungen nicht mehr erhalten. Von den in Münster vertretenen Organisationen der Arbeitnehmer sollen je drei Mitglieder der christlichen und freien Gewerkschaften, außerdem drei Mitglieder des Ortsvereins des Arbeitgeberbundes in Münster auf dieser Sitzung geladen werden.

Für ein geeignetes Lokal in Münster will der Ortsverband des Arbeitgeberbundes Sorge tragen.

Punkt 13. Das Einigungsamt beschließt, den Obmann der Schlichtungskommission Witten dringend zu ersuchen, auf die Einbindung des Tariffs in Witten und auf eine schnellere Erledigung der der Entscheidung harrenden Streitigkeiten hinzuwirken.

Punkt 15. Das Einigungsamt beschließt, die Obmänner der Schlichtungskommissionen Jeterloh und Wattencheid auf die heute mündlich vorgebrachten Beschwerden um eine schnellere Erledigung der anhängig verhandelten Streitigkeiten zu ersuchen.

Punkt 16. Auf die Mitteilung, daß in Brambauer ungleiche Löhne gezahlt werden, beschließt das Einigungsamt, die Schlichtungskommission Witten zur Auswertung herüber aufzufordern. Von dem Ergebnis der Auswertung soll in der nächsten Sitzung des Einigungsamtes Mitteilung gemacht werden.

Punkt 17. Die Schlichtungskommission Hamm soll zunächst um Einbindung der Protokolle, in denen bezüglich der Einführung des Tarifvertrages für das Kohlengebiet Hamm auf den 1. Januar 1906 festgelegt sein soll, ersucht werden.

Punkt 18. Auf Antrag des Herrn Gaudier's Kahl, betreffend die Vorlage der von dem Arbeitgeberbunde ausgearbeiteten Arbeitsordnung an das Einigungsamt, um prüfen zu können, ob die Arbeitsordnung gegen den abgeschlossenen Tarifvertrag nicht verstößt, beschließt das Einigungsamt, daß in der nächsten Sitzung die Arbeitsordnung vorzulegen ist. Herr Verbandsdirektor Schmiedebach stellte den Vertretern der Arbeitnehmer eine Anzahl Exemplare der Arbeitsordnung zur Verfügung.

Verschiedenes.

Die „Arbeiter-Turn-Zeitung“, das Organ für die Interessen der vollstündigen Turnerei, hat mit dem am 1. März erschienenen Nummer die Auflage von 50 000 erreicht. Zu diesem Erfolg sind die wackeren Arbeiterturner zu beglückwünschen; er ist das Zeichen dafür, daß die jungen Arbeiter immer weniger Gefallen an dem alten Hygientismus der teutschen Turner finden und sich in immer größeren Massen dem Arbeiter-Turnerbund anschließen, der den freistündlichen Traditionen der Turnerei entsprechend Front gegen ihre hygienepatriotische Verwundung macht. Mögen der guten Sache noch recht viele Erfolge beschieden sein.

Eingegangene Schriften.

Bom „Süddeutschen Postillon“ liegt uns der gebundene Jahrgang 1906 vor. Es ist der 24. seines Bestehens. Der „Postillon“ ist noch immer das, was er seit seinem Anfang gewesen ist: ein lustiger Geselle, der mit trefflichem Spott die Kapriolen unserer ewig genialen Regierungspolitik, sei es in Prosa oder Dichtung oder in seinen gelungenen Bildern, glorifiziert. Aber er ist auch oft ein begeisterter Sänger der Freiheit gewesen, der dem Seinen des arbeitenden Volkes nach Luft und Licht, seinem flammenden Fort über die noch immer übermächtige Reaktion eble Formen gab. Freilich hat er manche Verfolgung über sich ergehen lassen müssen, die aber niemals seinem herzerfrischenden Humor Abbruch tun konnten. Wir wünschen ihm zu seinen glücklichen Fortleben, die er in den Kreisen der Arbeiter hat, recht viel neue Abonnenten hinzu. Der „Postillon“ erscheint alle 14 Tage und ist durch alle Kolporteurs u. a. zu beziehen. Der Preis der einzelnen Nummer beträgt 10 $\frac{1}{2}$.

„In freien Stunden.“ Diese Wochenschrift des Vorwärts-Verlages erteilt sich im Kreise der hauseigenen Arbeiter immer größerer Beliebtheit. Vom laufenden Jahrgang ist jetzt Nr. 9 erschienen. Der Preis beträgt 10 Pfennig pro Heft. Sie sind durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs zu beziehen.

Religion und Sozialismus. Ein Vortrag. Von Dr. Anton Pannekoek. Bremen. Verlag: Bildungs- und Sozialwissenschaftliches. (Kommissionsverlag: Buchhandlung der „Bremer Bürgerzeitung“). 32 Seiten. Preis 80 $\frac{1}{2}$.

Streikabrechnungen.

Zweigverein Goslar:

Einnahme.	
Aus der Hauptkasse	M. 5650,—
Von den drücklichen Einnahmen der Hauptkasse	819,46
Beiträge der in Arbeit stehenden Mitglieder	255,25
Summa	M. 6817,71

Ausgabe.

Für Streikunterstützung	M. 5184,98
besondere Entschädigungen der Streikkommission	198,50
Rechtschutz und Unterstützung Inhabiter	8,—
Reiseunterstützung an abgereifte Streikende	400,80
Fortschaffung Zugereister	119,45
Fernhaltung des Zugereisten	155,75
Flugblätter und Annoncen	28,—
Porto und Schreibmaterial	46,15
An die Hauptkasse zurückgehandelt	231,08
Summa	M. 6817,71

Goslar, den 2. November 1905.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Revisoren:

H. Daniels, Wilh. Bod. Fr. Klapprott.

Für die Streikleitung:

Wilh. Wesche, Wilh. Sander, Heinz. Wesche.

Für den Vorstand: Carl Obermeyer.

Zweigverein Habersleben.

Einnahme.	
Aus der Hauptkasse	M. 1035,—
Von den drücklichen Einnahmen der Hauptkasse	522,03
Aus der Lokalkasse des Zweigvereins	118,02
Beiträge der in Arbeit stehenden Mitglieder	69,60
Sonstige Einnahmen	20,40
Summa	M. 1750,05

Ausgabe.

Für Streikunterstützung	M. 1287,10
besondere Entschädigungen der Streikkommission	82,—
Reiseunterstützung an abgereifte Streikende	89,55
Fortschaffung Zugereister	29,90
Fernhaltung des Zugereisten	66,43
Flugblätter und Annoncen	5,70
Porto und Schreibmaterial	56,65
An die Hauptkasse zurückgehandelt	118,02
Für sonstige Ausgaben	19,70
Summa	M. 1750,05

Habersleben, den 19. September 1905.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Revisoren:

J. Steffen, Chr. Iversen, F. Jähnsdorf.

Für die Streikleitung:

J. Hinrichsen, Aug. Andersen, Martin Jensen.

Zweigverein Hörde (Aussperrung).

Einnahme.	
Aus der Hauptkasse	M. 4825,—
Von den drücklichen Einnahmen der Hauptkasse	655,—
Aus der Lokalkasse des Zweigvereins	209,25
Beiträge in Arbeit stehender Mitglieder	589,70
Sonstige Einnahmen	32,—
Summa	M. 6110,95

Ausgabe.

Für Streikunterstützung	M. 5520,05
besondere Entschädigungen der Streikkommission	11,—
Reiseunterstützung	209,25
Reiseunterstützung an Streikende	105,30
Fortschaffung Zugereister	130,25
Fernhaltung des Zugereisten	39,55
Flugblätter und Annoncen	31,75
Porto und Schreibmaterial	11,12
sonstige Ausgaben	52,68
Summa	M. 6110,95

Hörde, den 25. September 1905.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Revisoren:

Adam Demme, H. Röcher, Adolf Dreher.

Für die Streikleitung:

J. Mitten, Aug. Werner, Ant. Ripperdt.

Zweigverein Dortmund.

Einnahme.	
Aus der Hauptkasse	M. 300,—
Von den drücklichen Einnahmen der Hauptkasse	2842,27
Aus sonstigen drücklichen Fonds	2808,—
Beiträge der in Arbeit stehenden Mitglieder	5205,55
Auf Aktien gesammelt am Orte	6,70
Summa	M. 49162,59

Ausgabe.

Für Streikunterstützung	M. 87294,66
besondere Entschädigungen der Streikkommission	3819,08
Rechtschutz und Unterstützung Inhabiter	458,90
Reiseunterstützung	2808,—
Reiseunterstützung an Streikende	2094,15
Fortschaffung Zugereister	849,35
Fernhaltung des Zugereisten	1499,85
Flugblätter und Annoncen	139,50
Porto und Schreibmaterial	61,83
sonstige Ausgaben	187,20
Summa	M. 49162,59

Dortmund, den 12. Oktober 1905.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Revisoren:

Carl Gölbner, Friedr. Waffenberg, Bernhard Guse.

Für die Streikleitung:

Max Reuterich, Gustav Puls, Carl Jordan.

Zweigverein Bochum (Aussperrung).

Einnahme.	
Aus der Hauptkasse	M. 8900,—
Von den drücklichen Einnahmen der Hauptkasse	1232,07
Beiträge der in Arbeit stehenden Mitglieder	1408,25
Sonstige Einnahmen	23,40
Summa	M. 10863,72

Ausgabe.

Für Streikunterstützung	M. 8065,13
besondere Entschädigungen der Streikkommission	1145,05
Rechtschutz und Unterstützung Inhabiter	106,—
Reiseunterstützung an Streikende	797,85
Fortschaffung Zugereister	153,30
Fernhaltung des Zugereisten	808,70
Flugblätter und Annoncen	105,75
Porto und Schreibmaterial	76,89
sonstige Ausgaben	105,25
Summa	M. 10863,72

Bochum, den 22. September 1905.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Revisoren: Gustav Weise, Louis Jenf.

Für die Streikleitung: A. Wolf, S. Schmüller.

Einzelmitglied Brandis i. S.

Einnahme.	
Aus der Hauptkasse	M. 2575,—
Lokalkasse des Zweigvereins	65,—
Beiträge der in Arbeit stehenden Mitglieder	56,76
Summa	M. 2698,76

Ausgabe.

Für Streikunterstützung	M. 2479,30
besondere Entschädigungen der Streikkommission	56,—
Reiseunterstützung an Streikende	86,80
Fortschaffung Zugereister	3,—
Fernhaltung des Zugereisten	10,—
Porto und Schreibmaterial	4,05
An die Hauptkasse zurückgehandelt	57,87
Für sonstige Ausgaben	1,83
Summa	M. 2698,76

Brandis, den 29. Oktober 1905.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Revisoren: Gustav Jacob, Leipzig.

Für die Streikleitung:

Hermann Braune, Max Schmidt.

Zweigverein Gollnow.

Einnahme.	
Aus der Hauptkasse	M. 1435,—
Von den drücklichen Einnahmen der Hauptkasse	116,35
Summa	M. 1551,35

Ausgabe.

Für Streikunterstützung	M. 1176,15
besondere Entschädigungen der Streikkommission	89,—
Reiseunterstützung an Streikende	116,50
Fortschaffung Zugereister	4,50
Fernhaltung des Zugereisten	50,80
Flugblätter und Annoncen	4,—
Porto und Schreibmaterial	6,90
sonstige Ausgaben	103,50
Summa	M. 1551,35

Gollnow, den 1. November 1905.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Revisoren:

Robert Dengau, Ernst Bloch, Paul Bartelt.

Für die Streikleitung:

Wilhelm Rosenow, Emil Meglaff, Richard Kannah.

Einzelmitglied Grimma i. S.

Einnahme.	
Aus der Hauptkasse	M. 3850,—
Von den drücklichen Einnahmen der Hauptkasse	117,80
Summa	M. 3767,80

Ausgabe.

Für Streikunterstützung	M. 3869,75
besondere Entschädigungen der Streikkommission	45,—
Reiseunterstützung an abgereifte Streikende	40,—
Fortschaffung Zugereister	1,50
Flugblätter und Annoncen	4,20
Porto und Schreibmaterial	4,85
sonstige Ausgaben	9,60
Summa	M. 3767,80

Grimma i. S., den 17. Oktober 1905.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Die Streikleitung:

Gustav Jacob, Leipzig, Emil Gahn.

Zweigverein Grünberg i. Schlesien.

Einnahme.	
Aus der Hauptkasse	M. 950,—
Von den drücklichen Einnahmen der Hauptkasse	407,81
Summa	M. 1357,81

Ausgabe.

Für Streikunterstützung	M. 1336,66
besondere Entschädigungen der Streikkommission	16,—
Reiseunterstützung an abgereifte Streikende	4,40
Porto und Schreibmaterial	7,—
sonstige Ausgaben	75,—
Summa	M. 1357,81

Grünberg, den 20. August 1905.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Revisoren:

Paul Aug. Wilhelm Mattner, Wilhelm Lehmann.

Für die Streikleitung:

Hermann Horst, Gottlieb Hoffmann, Gustav Diebig.

Zweigverein Speyer.

Einnahme.	
Aus der Hauptkasse	M. 13435,—
Von den drücklichen Einnahmen der Hauptkasse	1924,04
Beiträge der in Arbeit stehenden Mitglieder	540,60
Summa	M. 15899,64

Ausgabe.

Für Streikunterstützung	M. 12826,88
besondere Entschädigungen der Streikkommission	844,75
Rechtschutz und Unterstützung Inhabiter	481,12
Reiseunterstützung an Streikende	967,90
Fortschaffung Zugereister	119,08
Fernhaltung des Zugereisten	258,35
Flugblätter und Annoncen	5,76
Porto und Schreibmaterial	64,26
sonstige Ausgaben	881,58
Summa	M. 15899,64

Speyer, den 2. Dezember 1905.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Revisoren:

Anton Spleis, Adam Goger.

Für die Streikleitung:

H. Wolff, Heinrich Arbogast, C. Graf.

Zweigverein Jarmen.

Einnahme.	
Aus der Hauptkasse	M. 600,—
Summa	M. 600,—

Ausgabe.

Für Streikunterstützung	M. 454,15
besondere Entschädigungen der Streikkommission	17,—
Reiseunterstützung an Streikende	28,90
Fortschaffung Zugereister	27,30
Fernhaltung des Zugereisten	82,—
Porto und Schreibmaterial	3,—
An die Hauptkasse zurückgehandelt	87,85
Summa	M. 600,—

Jarmen, den 15. Oktober 1905.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Revisoren:

Fr. Hermann, Th. Nieß, Fr. Raftan.

Für die Streikleitung:

Kempf, S. Sohn, W. Sohn.

Zweigverein Danzig (Banarbeiterkreis).

Einnahme.	
Aus der Hauptkasse	M. 10100,—
Beiträge der in Arbeit stehenden Mitglieder	367,85
Summa	M. 10467,85

Ausgabe.

Für Streikunterstützung	M. 9827,15
besondere Entschädigungen d. Streikkommission	74,50
Reiseunterstützung an Streikende	402,70
Flugblätter und Annoncen	9,—
Porto und Schreibmaterial	2,—
An die Hauptkasse zurückgehandelt	845,—
Für sonstige Ausgaben	7,50
Summa	M. 10467,85

Danzig, den 1. August 1905.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Revisoren: Carl Bahr, Julius Bloch.

Für die Streikleitung: Fr. Gränhagen, B. Böh.

Zweigverein Böhlow.

Einnahme.	
Aus der Hauptkasse	M. 4380,—
Von den drücklichen Einnahmen d. Hauptkasse verwendet	150,52
Beiträge der in Arbeit stehenden Mitglieder	871,05
Summa	M. 4901,57

Ausgabe.

Für Streikunterstützung	M. 4810,25
besondere Entschädigungen der Streikkommission	217,—
Reiseunterstützung an Streikende	26,80
Fortschaffung Zugereister	10,10
Porto und Schreibmaterial	20,70
An die Hauptkasse zurückgehandelt	9,22
Für sonstige Ausgaben	7,50
Summa	M. 4901,57

Böhlow, den 30. Dezember 1905.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Revisoren: H. Mähel, Hubert.

Für die Streikleitung: B. Dopp, S. Garber.

Zweigverein Danzig, Bahnhofs-District.

Einnahme.	
Aus der Hauptkasse	M. 1076,90
Von den drücklichen Einnahmen d. Hauptkasse verwendet	18,30
Summa	M. 1095,20

Ausgabe.

Für Streikunterstützung	M. 700,70
besondere Entschädigungen der Streikkommission	94,85
Reiseunterstützung an Streikende	66,25
Fortschaffung Zugereister	156,20
Fernhaltung des Zugereisten	20,45
Flugblätter und Annoncen	6,—
Porto und Schreibmaterial	13,75
sonstige Ausgaben	85,—
Summa	M. 1095,20

Danzig, den 8. September 1905.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Revisoren: Carl Bahr, Albert Eismen.

Für die Streikleitung: Fritz Gränhagen.

Zweigverein Halberstadt.

Einnahme:

Aus der Hauptkasse	M. 14960,—
Von den drückenden Einnahmen d. Hauptkasse verwendet	43,68
Beiträge der in Arbeit stehenden Mitglieder	730,80
Summa	M. 15724,38

Ausgabe:

Für Streikunterstützung	M. 14188,92
besondere Entschädigungen d. Streikkommission	181,54
Reiseunterstützung an Streikende	207,70
Fürschaffung Zugereister	28,80
Fernhaltung des Zugereisten	85,75
Flugblätter und Annoncen	24,23
Porto und Schreibmaterial	48,09
sonstige Ausgaben	48,09
Summa	M. 15724,38

Halberstadt, den 8. Februar 1906.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Revisoren:

Hermann Wiese, Julius Koch, C. Rirkam.

Für die Streikleitung:

Carl Dolke, F. Frebersdorf, Wilh. Günther.

Zweigverein Hatzburg.

Einnahme:

Aus der Hauptkasse	M. 750,—
Von den drückenden Einnahmen der Hauptkasse verwendet	1221,18
Summa	M. 1971,18

Ausgabe:

Für Streikunterstützung	M. 1692,43
besondere Entschädigungen der Streikkommission	105,26
Reiseunterstützung an Streikende	65,40
Fürschaffung Zugereister	24,26
Fernhaltung des Zugereisten	4,10
Flugblätter und Annoncen	80,—
Porto und Schreibmaterial	5,15
sonstige Ausgaben	44,80
Summa	M. 1971,18

Hatzburg, den 21. Dezember 1905.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Revisoren:

H. Albrecht, Wilhelm Sieffens, Aug. Gerhardt.

Für die Streikleitung:

Carl Weniger, C. Albrecht.

Zweigverein Hirschberg a. d. E.

Einnahme:

Aus der Hauptkasse	M. 5050,—
Von den drückenden Einnahmen der Hauptkasse verwendet	350,55
sonstige Einnahmen	10,—
Summa	M. 5410,55

Ausgabe:

Für Streikunterstützung	M. 4052,63
besondere Entschädigungen der Streikkommission	216,10
Reiseunterstützung an Streikende	104,20
Fürschaffung Zugereister	8,—
Fernhaltung des Zugereisten	5,04
Flugblätter und Annoncen	9,58
Porto und Schreibmaterial	15,—
sonstige Ausgaben	15,—
Summa	M. 5410,55

Hirschberg a. d. E., den 11. Dezember 1905.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Revisoren:

Eugen Müller, Franz Preß.

Für die Streikleitung:

Carl Schirch, Plauen i. Vogtland.

Zweigverein Jechow.

Einnahme:

Aus der Hauptkasse	M. 5705,—
Von den drückenden Einnahmen der Hauptkasse verwendet	689,07
Beiträge der in Arbeit stehenden Mitglieder	480,50
Summa	M. 6824,57

Ausgabe:

Für Streikunterstützung	M. 5043,—
besondere Entschädigungen der Streikkommission	126,—
Reiseunterstützung an Streikende	96,25
Fürschaffung Zugereister	621,20
Fernhaltung des Zugereisten	667,84
Flugblätter und Annoncen	53,30
Porto und Schreibmaterial	88,28
sonstige Ausgaben	129,70
Summa	M. 6824,57

Jechow, den 27. November 1905.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Revisoren:

Julius Wendemuth, Johannes Müller.

Für die Streikleitung:

C. Binnemann, S. Garber, Rudolf Mienburg.

Zweigverein Lübeck.

Einnahme:

Aus der Hauptkasse	M. 25530,—
Von den drückenden Einnahmen d. Hauptkasse verwendet	2045,08
Aus der Kasse des Zweigvereins und aus sonstigen drückenden Fonds	5667,15
Beiträge der in Arbeit stehenden Mitglieder	3002,—
sonstige Einnahmen	7,85
Summa	M. 33262,08

Ausgabe:

Für Streikunterstützung	M. 25098,90
besondere Entschädigungen der Streikkommission	224,—
Reiseunterstützung an Streikende	5667,15
Fürschaffung Zugereister	1501,—
Fernhaltung des Zugereisten	78,75
Flugblätter und Annoncen	430,80
Porto und Schreibmaterial	123,21
sonstige Ausgaben	43,92
Summa	M. 33262,08

Lübeck, den 22. November 1905.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Revisoren:

Säger, Ad. Schilling, G. Hübner.

Für die Streikleitung:

Eugen Dreffing, G. Wadenborn.

Zweigverein Berlin (Leiten der Gips- und Zementbräute).

Einnahme:

Aus der Hauptkasse	M. 17992,52
Beiträge der in Arbeit stehenden Mitglieder	1710,30
Summa	M. 19702,82

Ausgabe:

Für Streikunterstützung	M. 19119,95
besondere Entschädigungen der Streikkommission	250,50
Reiseunterstützung an Streikende	14,40
Fürschaffung Zugereister	286,—
Porto und Schreibmaterial	9,60
sonstige Ausgaben	72,87
Summa	M. 19702,82

Berlin, den 15. Januar 1906.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Revisoren:

Paul Schöne, Otto Plagemann, Carl Schlie.

Für die Streikleitung:

Wilhelm Frick, Otto Hase, Rudolf Grünmann.

Zweigverein Herne-Reddinghausen.

Einnahme:

Aus der Hauptkasse	M. 10040,—
Von den drückenden Einnahmen d. Hauptkasse verwendet	1267,52
Beiträge der in Arbeit stehenden Mitglieder	649,05
Von anderen Gewerkschaften am Orte	2,50
sonstige Einnahmen	9,15
Summa	M. 11968,22

Ausgabe:

Für Streikunterstützung	M. 8526,72
besondere Entschädigungen der Streikkommission	1698,50
Reiseunterstützung an Streikende	40,—
Fürschaffung Zugereister	1145,50
Fernhaltung des Zugereisten	205,40
Flugblätter und Annoncen	229,05
Porto und Schreibmaterial	15,10
sonstige Ausgaben	82,60
Summa	M. 11968,22

Herne-Reddinghausen, den 25. September 1905.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Revisoren:

Richard Freber, Adolf Bönke, Heinrich Otto.

Für die Streikleitung:

Heinrich Wendler.

Brieskopen.

Bismarckstraße, B. R. Bei dem gegenwärtigen großen Stoffandrang müssen wir uns bei der Aufnahme von Einsendungen auf die allerwichtigsten beschränken. Da nun in allerhöchster Zeit auch der Jahresbericht unseres Organisationsleiters in Obersachsen veröffentlicht werden wird, in dem alle wichtigen Erscheinungen und Vorwommisse in diesem Bundesdistrikt gebührend berücksichtigt werden, so dürfte sich der Abdruck Ihrer Einleitung wohl erübrigen.

Bismarckstraße, B. R. Bei dem gegenwärtigen großen Stoffandrang müssen wir uns bei der Aufnahme von Einsendungen auf die allerwichtigsten beschränken. Da nun in allerhöchster Zeit auch der Jahresbericht unseres Organisationsleiters in Obersachsen veröffentlicht werden wird, in dem alle wichtigen Erscheinungen und Vorwommisse in diesem Bundesdistrikt gebührend berücksichtigt werden, so dürfte sich der Abdruck Ihrer Einleitung wohl erübrigen.

Bismarckstraße, B. R. Bei dem gegenwärtigen großen Stoffandrang müssen wir uns bei der Aufnahme von Einsendungen auf die allerwichtigsten beschränken. Da nun in allerhöchster Zeit auch der Jahresbericht unseres Organisationsleiters in Obersachsen veröffentlicht werden wird, in dem alle wichtigen Erscheinungen und Vorwommisse in diesem Bundesdistrikt gebührend berücksichtigt werden, so dürfte sich der Abdruck Ihrer Einleitung wohl erübrigen.

Bismarckstraße, B. R. Bei dem gegenwärtigen großen Stoffandrang müssen wir uns bei der Aufnahme von Einsendungen auf die allerwichtigsten beschränken. Da nun in allerhöchster Zeit auch der Jahresbericht unseres Organisationsleiters in Obersachsen veröffentlicht werden wird, in dem alle wichtigen Erscheinungen und Vorwommisse in diesem Bundesdistrikt gebührend berücksichtigt werden, so dürfte sich der Abdruck Ihrer Einleitung wohl erübrigen.

Bismarckstraße, B. R. Bei dem gegenwärtigen großen Stoffandrang müssen wir uns bei der Aufnahme von Einsendungen auf die allerwichtigsten beschränken. Da nun in allerhöchster Zeit auch der Jahresbericht unseres Organisationsleiters in Obersachsen veröffentlicht werden wird, in dem alle wichtigen Erscheinungen und Vorwommisse in diesem Bundesdistrikt gebührend berücksichtigt werden, so dürfte sich der Abdruck Ihrer Einleitung wohl erübrigen.

Bismarckstraße, B. R. Bei dem gegenwärtigen großen Stoffandrang müssen wir uns bei der Aufnahme von Einsendungen auf die allerwichtigsten beschränken. Da nun in allerhöchster Zeit auch der Jahresbericht unseres Organisationsleiters in Obersachsen veröffentlicht werden wird, in dem alle wichtigen Erscheinungen und Vorwommisse in diesem Bundesdistrikt gebührend berücksichtigt werden, so dürfte sich der Abdruck Ihrer Einleitung wohl erübrigen.

Bismarckstraße, B. R. Bei dem gegenwärtigen großen Stoffandrang müssen wir uns bei der Aufnahme von Einsendungen auf die allerwichtigsten beschränken. Da nun in allerhöchster Zeit auch der Jahresbericht unseres Organisationsleiters in Obersachsen veröffentlicht werden wird, in dem alle wichtigen Erscheinungen und Vorwommisse in diesem Bundesdistrikt gebührend berücksichtigt werden, so dürfte sich der Abdruck Ihrer Einleitung wohl erübrigen.

Bismarckstraße, B. R. Bei dem gegenwärtigen großen Stoffandrang müssen wir uns bei der Aufnahme von Einsendungen auf die allerwichtigsten beschränken. Da nun in allerhöchster Zeit auch der Jahresbericht unseres Organisationsleiters in Obersachsen veröffentlicht werden wird, in dem alle wichtigen Erscheinungen und Vorwommisse in diesem Bundesdistrikt gebührend berücksichtigt werden, so dürfte sich der Abdruck Ihrer Einleitung wohl erübrigen.

Bismarckstraße, B. R. Bei dem gegenwärtigen großen Stoffandrang müssen wir uns bei der Aufnahme von Einsendungen auf die allerwichtigsten beschränken. Da nun in allerhöchster Zeit auch der Jahresbericht unseres Organisationsleiters in Obersachsen veröffentlicht werden wird, in dem alle wichtigen Erscheinungen und Vorwommisse in diesem Bundesdistrikt gebührend berücksichtigt werden, so dürfte sich der Abdruck Ihrer Einleitung wohl erübrigen.

Bismarckstraße, B. R. Bei dem gegenwärtigen großen Stoffandrang müssen wir uns bei der Aufnahme von Einsendungen auf die allerwichtigsten beschränken. Da nun in allerhöchster Zeit auch der Jahresbericht unseres Organisationsleiters in Obersachsen veröffentlicht werden wird, in dem alle wichtigen Erscheinungen und Vorwommisse in diesem Bundesdistrikt gebührend berücksichtigt werden, so dürfte sich der Abdruck Ihrer Einleitung wohl erübrigen.

Bismarckstraße, B. R. Bei dem gegenwärtigen großen Stoffandrang müssen wir uns bei der Aufnahme von Einsendungen auf die allerwichtigsten beschränken. Da nun in allerhöchster Zeit auch der Jahresbericht unseres Organisationsleiters in Obersachsen veröffentlicht werden wird, in dem alle wichtigen Erscheinungen und Vorwommisse in diesem Bundesdistrikt gebührend berücksichtigt werden, so dürfte sich der Abdruck Ihrer Einleitung wohl erübrigen.

Bismarckstraße, B. R. Bei dem gegenwärtigen großen Stoffandrang müssen wir uns bei der Aufnahme von Einsendungen auf die allerwichtigsten beschränken. Da nun in allerhöchster Zeit auch der Jahresbericht unseres Organisationsleiters in Obersachsen veröffentlicht werden wird, in dem alle wichtigen Erscheinungen und Vorwommisse in diesem Bundesdistrikt gebührend berücksichtigt werden, so dürfte sich der Abdruck Ihrer Einleitung wohl erübrigen.

Bismarckstraße, B. R. Bei dem gegenwärtigen großen Stoffandrang müssen wir uns bei der Aufnahme von Einsendungen auf die allerwichtigsten beschränken. Da nun in allerhöchster Zeit auch der Jahresbericht unseres Organisationsleiters in Obersachsen veröffentlicht werden wird, in dem alle wichtigen Erscheinungen und Vorwommisse in diesem Bundesdistrikt gebührend berücksichtigt werden, so dürfte sich der Abdruck Ihrer Einleitung wohl erübrigen.

Bismarckstraße, B. R. Bei dem gegenwärtigen großen Stoffandrang müssen wir uns bei der Aufnahme von Einsendungen auf die allerwichtigsten beschränken. Da nun in allerhöchster Zeit auch der Jahresbericht unseres Organisationsleiters in Obersachsen veröffentlicht werden wird, in dem alle wichtigen Erscheinungen und Vorwommisse in diesem Bundesdistrikt gebührend berücksichtigt werden, so dürfte sich der Abdruck Ihrer Einleitung wohl erübrigen.

öffentlichen Angelegenheiten erörtert werden sollen; nur für diesen Fall bedarf es einer Anmeldung nicht. Die Polizei und auch die Gerichte fassen aber den Begriff öffentliche Angelegenheiten sehr weit, so daß es rasch ist, alle Versammlungen anzumelden, um sich vor Strafmaßnahmen und Anlagen zu schützen.

Märzheim. Drücken Sie sich doch deutlicher aus und nennen Sie vor allem Ihren Namen, wenn Sie Ihren Zweigvereinsvorstand trillierten wollen.

Anzeigen.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik beizubehalten soll alle Todesfälle der Verbände, Mitglieder, von denen und innerhalb einer Woche nach erfolgter Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Beileid ist 10.)

Berlin-Regel. Am 21. Februar verstarb unser Mitglied Karl Schmidt im Alter von 48 Jahren.
 Berlin. Am 1. März verstarb unser Mitglied Friedrich Schmalz im Alter von 58 Jahren an Herzkrankheit.
 Breslau. Am 22. Februar verstarb plötzlich und quälend infolge erlittener Verbrennungen unser treuer Kollege Johann Frießel im Alter von 40 Jahren.
 Bromberg. Am 26. Februar verstarb unser Kollege Wilhelm Michaels im Alter von 55 Jahren an der Prostatierkrankheit. — Am 27. Februar verstarb unser Kollege Richard Konitzer im Alter von 43 Jahren an Brustleiden.
 Cappelstein. Am 27. Februar verstarb nach langem schweren Leiden unser Kollege Jakob Kiegl im Alter von 39 Jahren infolge eines Sturzes.
 Gießen. Am 2. März verstarb in Steinbach bei Gießen unser Verbandskollege Ludwig Schmidt im Alter von 47 Jahren an den Folgen eines Unfalls.
 Hirschberg a. d. E. Am 23. Februar verstarb unser Mitglied Adam Bräuer im Alter von 66 Jahren an Lungenentzündung.
 Jerichow. Am 27. Februar verstarb unser Mitglied August Teckner im Alter von 87 Jahren an Blutvergiftung.
 Magdeburg. Am 4. März verstarb der Kollege Richard Knieriem, genannt Schmidt, im Alter von 80 Jahren an Schlaganfall infolge eines Sturzes von der Treppe.
 Milsch. Am 24. Februar verstarb unser Verbandskollege Emil Lachmann aus Protich im blühenden Alter von nahe 21 Jahren an Typhus.
 Nebel (Hollstein). Am 24. Februar verstarb nach kurzem schweren Leiden unser Verbandskollege Emil Schlüter im Alter von 22 Jahren an Lungenentzündung.
 Würzburg. Am 24. Februar verstarb unser treuer Verbandskollege Joseph Baumeister aus Hünmar im Alter von 36 Jahren an Lungenleiden.
 Ihre Irem Abwesenheit

Bremerhaven.

Die reisenden Kollegen werden wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß sich das Bureau der Maurer von Bremerhaven und Umgebung am Deich 10 in Bremerhaven befindet. Die reisenden Kollegen werden gebeten, bevor sie sich nach Arbeit umsehen, sich im Bureau zu melden.
 (M. 240) Der Vorstand.

Versammlungs-Anzeiger.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonntag, den 10. März.

Neustadt i. H. Abends 6½ Uhr außerordentliche Mitgliederversammlung.

Sonntag, den 11. März.

Oriessen. Abends 8 Uhr im „Mittlergärtchen“. Besezt anwesend.
 Nieder-Ingelheim. Abends 8 Uhr beim Schmitt Schiller zu Ober-Ingelheim. Abends 8 Uhr im „Stahl Brauhaus“. Die Teilnehmer aller Abende sind dringend eingeladen.
 Seesee. Abends 8 Uhr im „Stahl Brauhaus“. Die Teilnehmer aller Abende sind dringend eingeladen.
 Zehdenlo. Abends 8 Uhr im „Stahl Brauhaus“. Die Teilnehmer aller Abende sind dringend eingeladen.

Montag, den 12. März.

Bulow. Abends 7 Uhr. Es ist notwendig, daß alle Kollegen erscheinen.

Donnerstag, den 15. März.

Grünberg i. Schl. Abends 8 Uhr im Saale der Frau Adam. Vollständiges Erscheinen wird gewünscht.
 Neustadt i. H. Abends 8 Uhr im Vereinslokal. E. D. Bericht von der Versammlung und Vorschlagsliste. Erscheinen aller Kollegen dringend notwendig.

Sonntag, den 17. März.

Aken. Abends 8 Uhr. Die Kollegen werden gebeten, doch zahlreicher wie sonst zu erscheinen.
 Bunzlau. Abends 8 Uhr in der „Gehring“. Schloßstraße. E. D.: Bericht von der Versammlung und Vorschlagsliste. Die Teilnehmer aller Abende sind dringend eingeladen.
 Werdau. Abends 8 Uhr in der „Feuerwerk“.

Sonntag, den 18. März.

Friedersdorf. Abends 8 Uhr im Saale der Delegierten von der Versammlung. Jeder Kollege muß erscheinen.
 Fürstenwalde. Abends 8 Uhr im „Schloß“. E. D.: Bericht von der Versammlung und Vorschlagsliste. Die Teilnehmer aller Abende sind dringend eingeladen.
 Werdau. Abends 8 Uhr in der „Feuerwerk“.

Zentral-Krankenkasse der Maurer u. m.

Sonntag, den 11. März.

Berlin. Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus außerordentliche Mitgliederversammlung. E. D.: 1. Der Bericht von der letzten Mitgliederversammlung, 2. Der Bericht des ersten Bevollmächtigten, 3. Der Bericht des Bevollmächtigten.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Kier & Co. in Hamburg.